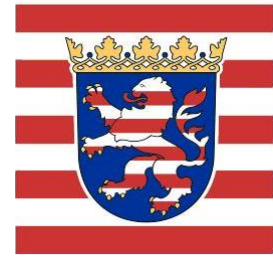




HESSEN



Bericht aus Brüssel

23/2022 vom 09.12.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	9
Energie.....	9
Digital.....	11
Forschung.....	12
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	19
Umwelt.....	21
Landwirtschaft.....	25
Justiz.....	27
Inneres.....	29
Bildung und Kultur.....	32
Information, Kommunikation und Medien.....	34
EU-Förderprogramme.....	35
Veranstaltungen.....	36
Vorschau.....	41

EP; Rat; Kommission; Feedback-Veranstaltung zur „Konferenz zur Zukunft Europas“

Das EP, der Rat und die Kommission organisierten am 02.12.2022 eine Feedback-Veranstaltung in den Räumlichkeiten des EP in Brüssel zur „Konferenz zur Zukunft Europas“. Die drei Institutionen haben bei der Veranstaltung erläutert, wie sie die aus der Konferenz hervorgegangenen Vorschläge weiterverfolgen wollen. Bürgerinnen und Bürger, die an den europäischen und nationalen Bürgerforen teilgenommen hatten, wurden über die Fortschritte bei der Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz informiert. Sie hatten auch die Gelegenheit, Vertreterinnen und Vertretern der EU-Organe Fragen zu stellen und die erhaltenen Informationen zu kommentieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/conference-on-the-future-of-europe/>

Kommission; Rede von Präsidentin von der Leyen am Europakolleg in Brügge

Am 04.12.2022 hielt Kommissionspräsidentin von der Leyen eine Rede am Europakolleg in Brügge. Schwerpunkt ihrer Rede war das Thema Klimawandel. Europa habe einen klaren Fahrplan für die Bewältigung dieser Herausforderung. Das sei der europäische Green Deal. Von der Leyen erläuterte, dass man trotz Covid-Pandemie und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie dessen Effekte für die Energieversorgungssicherheit Kurs halten müsse. Es gehe um eine florierende, saubere und wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft. Weiteres Thema ihrer Rede war internationaler Wettbewerb und im Konkreten das milliardenschwere Programm zur Förderung klimafreundlicher Technologien in den USA. Europa müsse seine Hausaufgaben machen, gleichzeitig mit den USA zusammenarbeiten, um Wettbewerbsnachteile abzufedern, so von der Leyen. Erstens müsse man die eigenen Vorschriften anpassen, um öffentliche Investitionen in den Übergang zu erleichtern. Zweitens müsse Europa den Bedarf an weiteren europäischen Finanzmitteln für den Übergang neu bewerten. Drittens müsse Europa mit den USA zusammenarbeiten, um einige der am meisten Besorgnis erregenden Aspekte des US-Gesetzes zu entschärfen. Von der Leyen betonte, dass Zusammenarbeit statt Konfrontation mit den USA wichtig sei. Europa suche immer nach Lösungen; Lösungen, die durch Zusammenarbeit und Diplomatie gestaltet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_22_7487

Rat; EP; Beziehungen EU-GBR, Verordnung über autonome Maßnahmen

Der Rat und das EP haben am 30.11.2022 eine vorläufige Einigung über die Verordnung über autonome Maßnahmen erzielt. Diese Verordnung enthält Vorschriften und Verfahren, mit denen die EU die zeitnahe und wirksame Ausübung ihrer Rechte bei der Durchsetzung und Durchführung des mit GBR geschlossenen Austrittsabkommens und des Handels- und Kooperationsabkommens mit GBR sicherstellen kann. Der Kommission soll die Befugnis übertragen werden, diese Maßnahmen im Wege eines Durchführungsrechtsakts zu erlassen. Dabei müssen alle erlassenen Maßnahmen stets verhältnismäßig sein und GBR wirksam zur Einhaltung der einschlägigen Abkommen veranlassen. Der vereinbarte Text muss noch vom Rat und vom EP gebilligt werden, bevor das förmliche Annahmeverfahren eingeleitet werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/11/30/eu-uk-relations-council-presidency-and-european-parliament-reach-provisional-agreement-on-a-regulation-on-autonomous-measures/>

Kommission; Rat; EU-Westbalkan Gipfel

Am 06.12.2022 hat in Tirana (Albanien) ein EU-Westbalkan Gipfel stattgefunden bei dem die Erklärung von Tirana angenommen wurde. Bei diesem Gipfeltreffen bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU und die Kommission das uneingeschränkte und klare Bekenntnis der EU zur Perspektive einer EU-Mitgliedschaft des Westbalkans. Es wurde auch seitens der EU dazu aufgerufen, den Beitrittsprozess zu beschleunigen. Voraussetzung dafür sind glaubwürdige Reformen seitens der Partner, eine faire und strikte Konditionalität und der Grundsatz der Beurteilung nach der eigenen Leistung. Hervorgehoben wurde ebenfalls, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, welcher den Frieden und die Sicherheit in Europa und weltweit gefährdet, die Bedeutung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und dem westlichen Balkan verstärkt. Außerdem wurden beim Gipfel unter anderem die Zusammenarbeit der EU mit der Region in den Bereichen Migration und Cybersicherheit erörtert sowie vertieft.

<https://www.consilium.europa.eu/media/60566/tirana-declaration-de.pdf>

Kommission; Richtlinie Verstöße gegen EU-Sanktionen

Am 02.12.2022 hat die Kommission eine Richtlinie des EP und des Rates zur Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der EU vorgeschlagen. Ziel ist es, die Strafen bei Verstößen gegen EU-Sanktionen zu harmonisieren. Die Richtlinie soll in allen Mitgliedstaaten das gleiche Strafmaß bei entsprechenden Verstößen festlegen. Laut der Kommission ist es angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine von entscheidender Bedeutung, dass die restriktiven Maßnahmen der EU vollständig umgesetzt werden und sich Verstöße nicht auszahlen. Der Vorschlag der Kommission enthält gemeinsame EU-Vorschriften, die es erleichtern sollen, Verstöße gegen die Sanktionen in allen Mitgliedstaaten zu untersuchen, strafrechtlich zu verfolgen und zu ahnden. Weiterhin sollen durch den Vorschlag rechtliche Schlupflöcher geschlossen und die abschreckende Wirkung von Verstößen gegen EU-Sanktionen erhöht werden.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/1_2_198882_prop_dir_restrictive_measures_de_0.pdf

Kommission; 9. Sanktionspaket gegen Russland

Die Kommission hat am 08.12.2022 Vorschläge für ein neuntes Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Laut der Kommission soll mit dem 9. Paket der Druck auf Russland weiter erhöht werden. Erstens schlägt die Kommission vor, fast 200 weitere Personen und Einrichtungen auf unsere Sanktionsliste zu setzen. Hierzu gehören unter anderem die russischen Streitkräfte sowie einzelne Offiziere und Unternehmen der Verteidigungsindustrie, Mitglieder der Staatsduma und des Föderationsrates, Minister, Gouverneure sowie politische Parteien. Auf der Liste sollen Personen stehen, die eine Schlüsselrolle spielen bei den brutalen, vorsätzlichen Raketenangriffen Russlands gegen Zivilisten, bei der Entführung ukrainischer Kinder nach Russland und beim Diebstahl ukrainischer Agrarerzeugnisse. Zweitens wird vorgeschlagen, Sanktionen gegen drei weitere russische Banken einzuführen, einschließlich eines vollständigen Transaktionsverbots für die russische Bank für regionale Entwicklung, um die Geldquellen Putins weiter auszutrocknen. Drittens sollen neue Ausfuhrkontrollen und -beschränkungen eingeführt werden, insbesondere für Güter mit doppeltem Verwendungszweck. Hierzu gehören chemische Grundstoffe, Nervengifte sowie Elektronikbauteile und IT-Komponenten, die von der russischen Kriegsmaschinerie genutzt werden könnten. Viertens soll Russlands Zugang zu allen Arten von Drohnen und unbemannten Luftfahrzeugen abgeschnitten werden. Die

Kommission schlägt vor, die Direktausfuhr von Drohnenmotoren nach Russland zu verbieten, ebenso wie die Ausfuhr in Drittländer wie den Iran, der Drohnen nach Russland liefern könnte. Es ist ebenfalls geplant, die russische Propagandamaschine ins Visier zu nehmen, indem vier weiteren Medienkanälen die Sendeerlaubnis entzogen und der Zugang zu allen anderen Plattformen verwehrt wird. Das 9. Sanktionspaket soll das vollständige Einfuhrverbot der EU für russisches Öl auf dem Seeweg, welches am 05.12.2022 in Kraft getreten ist, sowie die vereinbarte weltweite Ölpreisgrenze, ergänzen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-schlaegt-9-sanktionspaket-gegen-russland-vor-2022-12-08_de

Ausschuss der Regionen

AdR; 152. AdR-Plenarsitzung

Am 30.11./01.12.2022 fand das 152. AdR-Plenum statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Becker teil. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität“, „Legale Migration – Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern“, „EU-Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien“, „Reform des Systems der geografischen Angaben“, „Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelsysteme“, „die nächste Generation von Eigenmitteln für den EU-Haushalt“, „die künftige EU-Jugendpolitik“, „mehr Unterstützung für Gebiete mit natürlichen und demografischen Nachteilen im Rahmen der Kohäsionspolitik“, „kleinstädtische Gebiete als Schlüsselakteure für einen gerechten Übergang“, „Entschließung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und zu den politischen Prioritäten des AdR für 2023“, „Entschließung zum Europäischen Jahr der Aus- und Weiterbildung 2023“, „eine neue Innovationsagenda für Europa“. Darüber hinaus fanden Aussprachen statt mit Janusz Wojciechowski, Kommissar für Landwirtschaft, mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission für die Förderung der europäischen Lebensweise sowie mit Marian Jurečka, stellvertretender Ministerpräsident der Tschechischen Republik.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182104&meetingSessionId=2227879>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 07.12.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik in Brüssel statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele“, „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“ sowie „Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182700&meetingSessionId=2228679>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 09.12.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie in Brüssel statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182787&meetingSessionId=2228831>

Rat; Vorbereitung des WTO-Treffens und Beratung über Umgang mit den USA

Am 25.11.2022 hat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel) die laufende Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und die Vorbereitungen für die 13. WTO-Ministerkonferenz thematisiert. Ferner erörterte der Rat die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA. Im Mittelpunkt standen dabei der Handels- und Technologierat im Vorfeld dessen dritter Sitzung 05.12.2022 in den USA sowie die Auswirkungen der diskriminierenden Bestimmungen des US-Inflationsbekämpfungsgesetzes auf die EU und die diesbezüglichen Bemühungen, Lösungen zu finden. Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die handelspolitische Unterstützung für die Ukraine und bekräftigte, dass es wichtig sei, die Ukraine in der Handelszone zu unterstützen. Er unterstützt weitgehend den Ansatz der Kommission eines Assoziierungsabkommens und des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens mit der Ukraine (AA/DCFTA), um den Zugang der Ukraine zum EU-Binnenmarkt zu erleichtern sowie die Erneuerung der autonomen Maßnahmen zu ermöglichen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/11/25/>

Kommission; Bewertung der EU-Wettbewerbsvorschriften für Technologietransfer-Vereinbarungen

Die Kommission hat am 25.11.2022 Sondierungen für die EU-Wettbewerbsvorschriften zu Technologietransfer-Vereinbarungen eröffnet. Die Geltungsdauer der Gruppenfreistellungsverordnung für Technologietransfer-Vereinbarungen, nach der bestimmte Vereinbarungen und Verhaltensweisen von der Anwendung der allgemeinen Wettbewerbsvorschriften der EU freigestellt sind, endet am 30.04.2026. Ziel dieser Initiative ist es zu bewerten, wie die Verordnung und die damit verbundenen Leitlinien in der Praxis funktionieren. Die Sondierungsfrist endet am 23.12.2022. Eine öffentliche Konsultation ist für das zweite Quartal 2023 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13636-EU-Wettbewerbsvorschriften-fur-Technologietransfer-Vereinbarungen-Bewertung_de

Kommission; Entschädigung der Deutschen Bahn für die Verluste ihrer Tochtergesellschaft DB Fernverkehr infolge der COVID-19-Pandemie

Die Kommission hat am 28.11.2022 festgestellt, dass eine mit 557 Mio. EUR ausgestattete Maßnahme von DEU zugunsten der Deutsche Bahn AG mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht. Diese Maßnahme dient dazu, der Deutschen Bahn durch eine Kapitalzuführung einen Ausgleich für die Verluste zu gewähren, die ihrer Tochtergesellschaften DB Fernverkehr zwischen dem 01.11.2020 und dem 16.05.2021 aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Beschränkungen entstanden sind. Die Kommission hatte bereits am 10.08.2021 eine ähnliche Maßnahme zur Entschädigung der Deutschen Bahn für Verluste genehmigt, die deren Tochtergesellschaft DB Fernverkehr im internationalen Fernverkehr aufgrund der COVID-19-Pandemie entstanden sind. Sondermaßnahmen der Mitgliedstaaten seien laut Kommission zum Ausgleich von infolge der Pandemie entstandenen Schäden gerechtfertigt, da die außergewöhnliche Situation nicht vorhersehbar war und sich erheblich auf die Wirtschaft auswirkte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7103

Eurostat; EU-Handel mit der indopazifischen Region

Laut einer Veröffentlichung von Eurostat anlässlich des Ministerforums für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum vom 28.11.2022 sind die Einfuhren von Waren aus dem indopazifischen Raum in die EU zwischen 2011 und 2021 von 515

Mrd. EUR im Jahr 2011 auf 844 Mrd. EUR im Jahr 2021 erheblich gestiegen (+64%). Der Anstieg war stärker als bei den Ausfuhren, die im gleichen Zeitraum von 407 Mrd. EUR auf 583 Mrd. EUR gestiegen sind (+44%). Das Handelsdefizit der EU mit der indopazifischen Region erreichte 261 Mrd. EUR und damit den höchsten Wert seit 2011. Die Wachstumsraten der Ein- und Ausfuhren aus dem indopazifischen Raum im Extra-EU-Handel gingen zwar auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie zurück, erholten sich im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 jedoch wieder (+21 % bei den Einfuhren und +13 % bei den Ausfuhren).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/edn-20221128-1>

Eurostat; EU-Importe grüner Energieprodukte in Höhe von 15,2 Mrd. EUR

Laut einer Veröffentlichung von Eurostat vom 28.11.2022 gab die EU im Jahr 2021 15,2 Mrd. EUR für die Einfuhr grüner Energieprodukte aus Nicht-EU-Ländern aus. Die EU importierte Solarpaneele im Wert von 11,2 Mrd. EUR, flüssige Biokraftstoffe im Wert von 3,4 Mrd. EUR und Windturbinen im Wert von 0,6 Mrd. EUR. Zudem führte die EU grüne Energieprodukte im Wert von 6,5 Mrd. EUR in Länder außerhalb der EU aus. Der Wert der Einfuhren von Solarmodulen und flüssigen Biokraftstoffen war wesentlich höher als der entsprechende Wert der EU-Ausfuhren dieser Waren in Länder außerhalb der EU. Die Ausfuhren beliefen sich auf 2,0 bzw. 1,3 Mrd. EUR. Der Wert der Ausfuhren von Windturbinen in Nicht-EU-Länder war mit 3,3 Mrd. EUR weitaus höher als der Wert der Einfuhren. Nachdem die Ausfuhren von flüssigen Biokraftstoffen in dem Zeitraum von 2012 bis 2019 von 0,5 Mrd. EUR auf 1,7 Mrd. EUR angestiegen war, gingen sie in den letzten beiden Jahren auf 1,3 Mrd. EUR im Jahr 2021 zurück.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20221128-1>

Rat; Formale Annahme des Verordnungsvorschlags zur Bekämpfung drittstaatlicher Subventionen auf dem Binnenmarkt

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit hat am 28.11.2022, nach Zustimmung des EP, die Verordnung über drittstaatliche Subventionen endgültig verabschiedet. Die Verordnung dient der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen, die dadurch entstehen, dass Drittstaaten auf dem EU-Binnenmarkt tätigen Unternehmen Subventionen gewähren

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-46-2022-INIT/de/pdf>

Rat; Annahme von Schlussfolgerungen zur neuen europäischen Agenda für den Tourismus

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 01.12.2022 Schlussfolgerungen zu einer europäischen Agenda für den Tourismus 2030 angenommen, die einen mehrjährigen EU-Arbeitsplan mit freiwilligen Maßnahmen umfasst. Die Agenda soll den Mitgliedstaaten, den Behörden, der Kommission und den Interessenträgern helfen, den Tourismussektor umweltfreundlicher, nachhaltiger und resilienter zu machen und darüber hinaus stärker zu digitalisieren. In den Schlussfolgerungen wird u.a. betont, dass die Wiedereröffnung und Wiederaufnahme der Tourismusstrukturen nach der Covid-Pandemie eine Möglichkeit bieten, für einen grünen und einen digitalen Wandel in Richtung resilienterer Tourismusstrukturen. Es solle die Bereitschaft vieler Europäer, ihre Reise- und Tourismusgewohnheiten zu ändern, genutzt werden um den Tourismus nachhaltiger zu machen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15441-2022-INIT/de/pdf>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum sogenannten Chip-Gesetz

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit hat am 01.12.2022 eine allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung

des europäischen Halbleiter-Ökosystems (Chip-Gesetz) angenommen. Mit dem Chip-Gesetz will die EU ihren weltweiten Marktanteil bei Halbleitern bis 2030 von 10% auf mindestens 20% verdoppeln. Mit dem Chip-Gesetz sollen laut Vorstellungen der Kommission 43 Mrd. EUR an öffentlichen und privaten Investitionen mobilisiert werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14668-2022-INIT/de/pdf>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum sogenannten EU-Lieferkettengesetz

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit hat am 01.12.2022 eine allgemeine Ausrichtung zum Richtlinienentwurf über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (EU-Lieferkettengesetz) verabschiedet. Der Richtlinienentwurf enthält Vorschriften über die Pflichten großer Unternehmen in Bezug auf tatsächliche und potenzielle nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte und auf die Umwelt hinsichtlich ihrer eigenen Tätigkeiten und derjenigen ihrer Tochterunternehmen sowie der von ihren Geschäftspartnern durchgeführten Tätigkeiten. Er enthält auch Vorschriften über Sanktionen und die zivilrechtliche Haftung bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen. Die Unternehmen werden verpflichtet, einen Plan zu verabschieden, mit dem sichergestellt wird, dass ihr Geschäftsmodell und ihre Strategie mit dem Übereinkommen von Paris vereinbar ist. Hinsichtlich des Anwendungsbereichs in Bezug auf die Unternehmensgröße hält der Rat an den von der Kommission in ihrem Vorschlag vom 23.02.2022 gewählten Schwellenwerten fest. Damit sollen auch nach den Vorstellungen des Rates künftig vor allem EU-Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit weltweit mindestens 500 Beschäftigten und einem Nettoumsatz von über 150 Mio. Euro erfasst werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15024-2022-REV-1/de/pdf>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zum Verordnungsvorschlag zur Förderung der gemeinsamen Beschaffung

Der Rat hat am 01.12.2022 eine allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung („European Defence Industry Reinforcement through common procurement act“, EDIRPA) angenommen. Der Rat bestätigt damit den Vorschlag der Kommission, 500 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt für den Zeitraum vom Inkrafttreten der Verordnung bis 2024 bereitzustellen, um Anreize für Maßnahmen zu schaffen, mit denen auf den dringendsten und kritischsten Bedarf an Verteidigungsgütern reagiert wird. Diese Maßnahmen müssen von einem aus mindestens drei Mitgliedstaaten bestehenden Konsortium durchgeführt werden. Es sollen zudem nur Maßnahmen der gemeinsamen Beschaffung, bei denen die Kosten für Komponenten mit Ursprung in der EU und ihr assoziierten Ländern mindestens 70% betragen, mit EU-Mitteln finanziert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/01/eu-defence-industry-council-reaches-general-approach-on-boosting-common-procurement/>

Kommission; Genehmigung der Verlängerung einer Regelung aus DEU für grünere Nutzfahrzeugflotten

Die Kommission gab am 02.12.2022 bekannt, dass sie eine von DEU angemeldete Beihilferegulierung, mit der grünere Nutzfahrzeugflotten über 2024 hinaus bis Ende 2026 gefördert werden sollen, genehmigt. Die Verlängerung der bestehenden Regelung sei mit den EU-Wettbewerbsregeln vereinbar. Für die Verlängerung der Maßnahme hat DEU angekündigt Mittel in Höhe von 4,5 Mrd. EUR bereit zu stellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_22_7388

Rat; Orientierungsaussprache zur Nutzung von EU-Weltraumdaten

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit (Weltraum) führte am 02.12.2022 eine Orientierungsaussprache zur Nutzung von EU-Weltraumdaten durch. Der Rat erörterte, wie die Nutzung von Weltraumdaten und -anwendungen innerhalb der EU in verschiedenen Marktsegmenten gesteigert werden kann. Die Mitgliedstaaten erläuterten in ihren Redebeiträgen in erster Linie ihre Maßnahmen auf nationaler Ebene, um eine bessere Nutzung von Weltraumdaten zu ermöglichen. Sie erörterten aber auch mögliche Hindernisse, die der Nutzung von EU-Raumfahrtdiensten auf europäischer und nationaler Ebene im Wege stehen. Angesprochen wurde die Rolle von Bildung und Bewusstseinsbildung, der Austausch bewährter Praktiken zwischen Nutzern und zwischen Raumfahrt- und Nicht-Raumfahrtsektoren sowie zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor und der Zugang zu Finanzmitteln für innovative Lösungen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/compet/2022/12/02/>

V e r k e h r

Rat; Allgemeine Ausrichtung über den Verordnungsvorschlag zu den Leitlinien der EU für den Aufbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes

Der Verkehrsrat hat am 05.12.2022 eine allgemeine Ausrichtung über den Verordnungsvorschlag zu den Leitlinien der EU für den Aufbau des Transeuropäischen Verkehrsnetzes angenommen. Mit der Verwirklichung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes wird eine Infrastrukturbasis geschaffen, die die grundlegenden Voraussetzungen dafür bildet, dass alle Verkehrsträger nachhaltiger, erschwinglicher und inklusiver gemacht, nachhaltige Alternativen in einem multimodalen Verkehrssystem allgemein zur Verfügung gestellt und die richtigen Anreize als Motor für den Wandel gesetzt werden können.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15058-2022-INIT/de/pdf>

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU wegen mangelnder Umsetzung der Richtlinie über die Anforderungen an Unterwegskontrollen im Straßenverkehr

Die Kommission hat DEU am 29.11.2022 ein Aufforderungsschreiben wegen mangelnder Umsetzung der Delegierten Richtlinie über aktualisierte Anforderungen an technische Unterwegskontrollen im Straßenverkehr übermittelt. Mit der Delegierten Richtlinie soll die Straßenverkehrssicherheit verbessert werden. Neben DEU wurde diese erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen 11 weitere Mitgliedstaaten (MS) eingeleitet, da aus Sicht der Kommission diese MS ihre nationalen Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie bis zum Ende der Umsetzungsfrist am 27.09.2022 nicht mitgeteilt hatten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_22_7071

E n e r g i e

EuG; Urteil zur Beihilfengewährung durch HUN für die Erweiterung des Atomkraftwerks Paks II

Das Gericht der EU (EuG) hat mit Urteil vom 30.11.2022 in der Rechtssache T-101/18 eine Klage von AUT im Zusammenhang mit umstrittenen Beihilfen, die HUN gewährt hatte für zwei neue Kernreaktoren, abgewiesen. Die Kommission hatte HUN die

Beihilfen für die Erweiterung des Atomkraftwerks 2017 genehmigt. Die zwei neuen Reaktoren sollen bis 2030 fertig gestellt sein. Knapp 80% der Kosten sind durch russische Kredite gedeckt. AUT hat gegen diese Entscheidung der Kommission geklagt und beanstandete zum einen die Direktvergabe des Auftrags an eine Gesellschaft, die zum russischen Staatskonzern Rosatom gehört. Stattdessen hätte nach Auffassung von AUT ein Vergabeverfahren durchgeführt werden müssen. Außerdem monierte AUT die Verzerrung des Wettbewerbs und eine Ungleichbehandlung, die die Erzeuger von Erneuerbaren Energien verdrängen könnten. Der dritte Kritikpunkt betraf die Sorge vor einer marktbeherrschenden Stellung. Das EuG wies alle drei Beschwerdepunkte zurück. Die Direktvergabe verstößt laut EuG nicht gegen Unionsrecht. Auch eine Wettbewerbsverzerrung liegt laut EuG nicht vor, da jeder Mitgliedstaat selbst bestimmen kann, wie sich der Energiemix zusammensetzt. Die Kommission dürfe nicht verlangen, dass staatliche Mittel für alternative Energiequellen verwendet würden. Auch eine marktbeherrschende Stellung würde dadurch nicht geschaffen oder verstärkt.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=T-101/18>

Kommission; Genehmigung einer Beihilferegelung für energieintensive Unternehmen in FRA

Die Kommission gab am 01.12.2022 bekannt, dass sie nach den EU-Beihilfavorschriften eine von FRA angemeldete Beihilferegelung, die energieintensive Unternehmen in FRA für höhere Strompreise aufgrund indirekter Emissionskosten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems teilweise entschädigen soll, genehmigt hat. Genauer gesagt soll die Beihilferegelung mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 13,5 Mrd. EUR einen Teil der höheren Strompreise abdecken, die sich aus den Auswirkungen der CO₂-Preise auf die Stromerzeugungskosten (sogenannte „indirekte Emissionskosten“) im Zeitraum 2021 bis 2030 ergeben. Durch die Beihilferegelung soll die Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen verringert werden, die mit einer Verlegung von Produktionskapazitäten in Länder außerhalb der EU mit weniger ehrgeizigen Klimazielen einhergehen würde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_7235

Rat; Preisobergrenze und Notfallklausel für russisches Öl

Der Rat hat am 03.12.2022 beschlossen, eine Preisobergrenze für Rohöl, Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien, die ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden, auf 60 US-Dollar je Barrel festzusetzen. Der Rat hat ebenfalls eine "Notfallklausel" beschlossen, die den Transport von russischem Öl über die Preisobergrenze von 60 US Dollar je Barrel (etwa 57 EUR pro 159 Liter) hinaus oder die Bereitstellung technischer Hilfe, Vermittlungsdienste oder Finanzierungs- oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit dem Transport ermöglicht. Dieses soll möglich sein, wenn diese Maßnahmen zur dringenden Verhütung oder Milderung eines Ereignisses erforderlich sind, das schwerwiegende und erhebliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Sicherheit oder die Umwelt haben könnte - oder als Reaktion auf Naturkatastrophen. Der Beschluss gilt ab 05.12.2022.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/03/russian-oil-eu-agrees-on-level-of-price-cap/>

Kommission; Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der EU und Japan zur Zusammenarbeit im Bereich Wasserstoff

Am 02.12.2022 unterzeichneten die für Energie zuständige Kommissarin Kadri Simson und der japanische Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Yasutoshi Nishimura eine Kooperationsvereinbarung zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan im Bereich Wasserstoff, mit dem Ziel Innovationen zu fördern und einen

internationalen Wasserstoffmarkt aufzubauen. Als Vorreiter im Bereich der Wasserstofftechnologie wollen die EU und Japan gemeinsam auf die Nachhaltigkeit und Erschwinglichkeit der Erzeugung, des Handels, des Transports, der Speicherung, der Verteilung und der Nutzung von erneuerbarem und CO₂-armem Wasserstoff hinarbeiten.

https://energy.ec.europa.eu/eu-japan-memorandum-cooperation-hydrogen_en

Kommission; Konsultation zu Referenzwerten für Berechnung der Energieeinsparungen durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Die Kommission hat am 02.12.2022 eine Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung über eine Aktualisierung der Referenzwerte für die Berechnung der Energieeinsparungen durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eröffnet. Mit dieser Initiative sollen die Referenzwerte zur Ermittlung der Effizienz der separaten Erzeugung von Wärme und der separaten Erzeugung von Strom aktualisiert werden. Die Konsultationsfrist endet am 30.12.2022.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13441-Energieeffizienz-Referenzwerte-fur-die-Berechnung-der-Energieeinsparungen-durch-Kraft-Warme-Kopplung-Aktualisierung-_de

Digital

Kommission; Innovationen durch 5G im Flugzeug und Wi-Fi im Straßenverkehr

Die Kommission hat am 24.11.2022 den Durchführungsbeschluss (EU) 2016/2317 zur Mobilkommunikation an Bord von Flugzeugen aktualisiert, um die Einführung von 5G-Diensten zu ermöglichen. Passagiere von EU-Flügen können ihre technischen Geräte demnach zukünftig mit maximaler Kapazität und allen Funktionen nutzen (ebenso wie bei einem bodengestützten 5G-Mobilfunknetz). In der Vergangenheit waren nur bestimmte Frequenzen für die mobile Kommunikation in Flugzeugen reserviert, was das Angebot der Fluggesellschaften für Messaging-, Telefon- und Datendienste einschränkte. Außerdem änderte die KOM den Durchführungsbeschluss (EU) 2022/179 zu 5-GHz-Frequenzbändern und schafft damit die Grundlage für Wi-Fi im Straßenverkehr. Die Mitgliedsstaaten sollen die 5GHz-Frequenzbänder so früh wie möglich, spätestens jedoch bis zum 30.06.2023, für die Nutzung in Fahrzeugen verfügbar machen. Die Änderung soll Innovationen in der Automobilindustrie fördern, wie z.B. die Entwicklung von Metaverse-Anwendungen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/5g>

Rat; Rat für Telekommunikation am 06.12.2022

Die für Telekommunikation (TK) zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten tagten am 06.12.2022 in Brüssel. Der TK-Rat hat seine Position zu den Vorschlägen für ein Gesetz über Künstliche Intelligenz (KI) und die europäische digitale Identität (EUID) festgelegt und zu beiden Legislativvorschlägen einstimmig sog. Allgemeine Ausrichtungen verabschiedet. Ferner hat der Vorsitz Fortschrittsberichte zum Datengesetz und zum Cyberresilienzgesetz vorgelegt. Der TK-Rat führte außerdem einen Gedankenaustausch über das Thema „digitale Kompetenzen für die digitale Dekade“ sowie zur strategischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich der Digitalisierung. In Anwesenheit der per Videokonferenz zugeschalteten stellvertretenden ukrainischen Ministerin für digitale Transformation, Valeriya Ionan, informierte die Kommission über die Ausweitung des kostenlosen oder vergünstigten Roamings für ukrainische Flüchtlinge in der EU sowie über die Koordinierung der Lieferungen von TK-Ausrüstung an die Ukraine. So zielt z.B. die am 01.12.2022

gestartete Initiative „Laptops4Ukraine“ darauf ab, Laptops, Smartphones und Tablets zu sammeln, um den grundlegenden Bedarf von Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Verwaltungen in den am stärksten betroffenen Kriegsregionen zu decken.
<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2022/12/06/>

EuRH; Sonderbericht zu elektronischen Behördendiensten

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 06.12.2022 den Sonderbericht 24/2022 über elektronische Behördendienste in der EU veröffentlicht. Er hat untersucht, wie wirksam der Aktionsplan der Kommission zur Förderung elektronischer Behördendienste in den Jahren 2016-2020 war. Der EuRH kommt zu dem Schluss, dass die Maßnahmen der Kommission nur teilweise wirksam waren, und zwar sowohl hinsichtlich der Förderung der Umsetzung als auch hinsichtlich der Förderung der Einführung von E-Government-Lösungen in den Mitgliedstaaten. Er kritisiert weiter, dass aufgrund von Verzögerungen in den Mitgliedstaaten nicht alle digitalen Dienste in der gesamten EU verfügbar sind. Die Überwachung durch die Kommission beschränke sich auf einige Einzelmaßnahmen, statt auch die Umsetzung des Plans als Ganzes in den Blick zu nehmen. Außerdem kritisiert der EuRH, dass es keine übergreifende Strategie gibt, um die auf EU-Ebene verfügbaren E-Government-Lösungen bekannter zu machen. Der EuRH empfiehlt der Kommission, den Umsetzungsrahmen zu stärken, um die Mitgliedstaaten dazu anzuhalten, die Bereitstellung elektronischer Behördendienste zu vollenden, und eine umfassende Strategie zur wirksamen Förderung von elektronischen Behördendiensten zu entwickeln.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_24/SR_e-Government_DE.pdf

F o r s c h u n g

Forschung; Gesundheitsforschung; weitere Förderausschreibungen

Am 25.11.2022 hat die öffentlich-private Partnerschaft „IHI“ neue relevante Förderausschreibungen im Bereich der Gesundheitsforschung angekündigt. IHI ist eine Partnerschaft, die von der Kommission durch das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa kofinanziert wird. Partner aus der Industrie tragen zur Finanzierung bei. Noch vor der Ausrichtung der jeweiligen Info-Veranstaltungen hat IHI Details zu den Themenkomplexen veröffentlicht, zu denen sich Forscherteams bewerben können. Hierzu zählen insbesondere die folgenden Bereiche: Screening-Plattform und Biomarker für die Prävention von Krankheiten mit ungedecktem Bedarf im Gesundheitswesen; patientengenerierte Evidenz zur Verbesserung der Ergebnisse, Unterstützung der Entscheidungsfindung und Beschleunigung von Innovationen; Kombination von Interventionsansätzen in Krankenhäusern zur Steigerung der Krankenhauseffizienz; Stärkung des europäischen Ökosystems der translationalen Forschung für Arzneimittel für neuartige Therapien bei seltenen Krankheiten; digitale Gesundheitstechnologien für die Prävention und das personalisierte Management psychischer Störungen und ihrer langfristigen Gesundheitsfolgen.

<https://www.ih.europa.eu/apply-funding/future-opportunities>

Forschung; Horizont Europa; neue Ausrichtung; Strategischer Plan

Am 01.12.2022 hat die Kommission eine neue Konsultation im Forschungsbereich eröffnet, um interessierte Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern, Hochschulen, Verbänden bzw. Forschungsorganisationen einzuholen. Im Fokus steht die weitere

Ausrichtung des Forschungsrahmenprogramms der EU, weswegen die Kommission über die Konsultation Fragen zum aktuellen und zum letzten Rahmenprogramm erhebt. Ein Teil der Ergebnisse der Konsultation soll entsprechend in die Halbzeitbewertung von Horizont Europa einfließen, die den Zeitraum 2021-2023 abdeckt. Das Fazit der Konsultation soll auch den kommenden Strategieplan von Horizont Europa (für die Laufzeit 2025-2027) beeinflussen. Die Konsultation betrifft die künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen, die die künftigen Forschungs- und Innovationsaktivitäten der EU bestimmen sollen, die Stärken und Schwächen des europäischen Forschungs- und Innovationssystems, die EU-Missionen, die europäischen Partnerschaften und die Synergien mit anderen EU-Programmen.
<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/Horizon2020HorizonEuropeStrategicPlan2025-2027>

EuRH; Horizont Europa; Forschungsmittel; Strukturfonds; Kohäsion

Am 21.11.2022 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen Sonderbericht zum Thema "Synergien zwischen Horizont 2020 und den europäischen Struktur- und Investitionsfonds - noch nicht ausgeschöpft" veröffentlicht. In dem Bericht beanstandet der EuRH, dass die Nutzung und Inanspruchnahme der Fördermittel des Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 in seiner Förderdauer von 2014-2020 nicht hinreichend auf die Nutzung der Strukturfonds (ESIF) abgestimmt und ineinander verschränkt waren. Daher mahnt der EuRH stärkere Synergien zwischen den Fonds an. Diese seien in der letzten Förderperiode nur zu Teilen genutzt worden. Ein wichtiger Faktor sei die mangelnde Koordinierung und fehlende Zusammenarbeit zwischen den einschlägigen Akteuren und Entscheidungsträgern wie z.B. der Kommission und den nationalen und regionalen Behörden. Ein weiteres Hindernis seien die unterschiedlichen rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen von Horizont 2020 und den ESI-Fonds. Das mit Horizont 2020 eingeführte Exzellenzsiegel sei in der Praxis nur selten vergeben worden. Der EuRH konzedierte, auf den ersten Blick erschienen Horizont 2020 und die ESI-Fonds zwar „wie zwei unterschiedliche Welten, die wenig gemeinsam haben“. Allerdings könnten die zwei Bereiche jedoch eine größere Wirkung erzielen, wenn sie sich bei ihrem Einsatz gegenseitig ergänzen. Damit dies geschehen kann, sollte von Anfang an, sowohl bei der Gestaltung als auch der Durchführung von Programmen, zusammengearbeitet werden, so der EuRH.
https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/insr22_23/insr_h2020_and_esi_funds_de.pdf

Rat; Forschung; Forschungsinfrastruktur

Am 01./02.12.2022 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat in der Formation Forschung letztmalig unter tschechischem Vorsitz und befasste sich mit Innovationsthemen. Die Ratsdelegationen verabschiedeten auf der Sitzung insbesondere Schlussfolgerungen zu Forschungsinfrastrukturen. Die Ministerinnen und Minister rufen dazu auf, angemessene Bedingungen für die langfristige nachhaltige Entwicklung von Forschungsinfrastrukturen zu gewährleisten. Sie betonten die Notwendigkeit einer weiteren Konvergenz der Forschungsinfrastrukturpolitik mit anderen sektoralen Politiken. Nicht zuletzt fordern die Mitgliedstaaten die Stärkung des Europäischen Strategieforums für Forschungsinfrastrukturen (ESFRI) im Hinblick auf seine operative Kapazität und die Stärkung der digitalen Dimension der europäischen Forschungsinfrastrukturen und die Intensivierung ihrer internationalen Zusammenarbeit auf globaler Ebene. Der Text fordert speziell die Kommission dazu auf, bis 2023 eine Initiative für eine überarbeitete "Europäische Charta für den Zugang zu Forschungsinfrastrukturen" vorzulegen.
<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/the-compet-council-met-in-brussels-the-ministers-discussed-research-and-space/>

Rat; Forschung; Valorisierung des Wissens

Auf der Sitzung des Rats für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung am 01./02.12.2022 verabschiedeten die Ratsdelegationen eine Empfehlung zum Thema Valorisierung von Wissen. Hierzu wurden in Kommission und Rat seit einigen Monaten Diskussionen geführt, um die EU in diesem Bereich deutlich zu stärken. Ausgangslage ist die Feststellung, dass Europa bei der Wissensproduktion zwar einen weltweit führenden Platz einnimmt, die EU aber nicht in der Lage ist, dieses Wissen so effektiv wie andere Regionen der Welt in industrielle Anwendungen umzusetzen. Die Stärkung der Fähigkeit, Wissen aus dem wissenschaftlichen Umfeld in die Praxis zu übertragen, d.h. in Waren und Dienstleistungen, die neue Märkte schaffen, ist daher eines der wichtigsten Ziele der EU für die nahe Zukunft, so das Fazit. Die von der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft ausgehandelte Empfehlung des Rates sieht Prinzipien vor, um diese Ziele zu erreichen. Insbesondere werden die Kommission und die Ratsdelegationen dazu aufgefordert, sicherzustellen, dass bei staatlich finanzierten Tätigkeiten in Forschung und Innovation eine möglichst breite gesellschaftliche Nutzung und Valorisierung der geistigen Vermögenswerte in Betracht gezogen wird, und dass alle Akteure des Ökosystems einbezogen werden. Sie sollten eine interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern und erleichtern, die über Technologiebereiche hinaus auch Bereiche wie die Sozialwissenschaften, die Geisteswissenschaften und die Künste einbezieht.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14448-2022-INIT/de/pdf>

Kommission; Forschung; Arbeitsprogramm 2023-2024

Am 06.12.2022 hat die Kommission mehrere thematische Arbeitsprogramme für Horizont Europa, das Forschungsrahmenprogramm der EU, für den Zeitraum 2023-2024 verabschiedet. Die Kommission stellt insgesamt rund 13,5 Mrd. EUR bereit. Ungefähr 5,7 Mrd. EUR sind für die Verwirklichung der wichtigsten Klimaziele, die Suche nach innovativen Lösungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel bestimmt. 1,7 Mrd. EUR werden der biologischen Vielfalt zugutekommen. Über 4,5 Mrd. EUR werden für den digitalen Wandel in der EU bereitgestellt. Das Programm Horizont Europa wird außerdem weiterhin zum Schutz kritischer Infrastrukturen vor physischen Bedrohungen und Cyberbedrohungen beitragen. Auch gezielte Unterstützung für die Forschungscommunity der Ukraine ist vorgesehen. Mehr als 600 Mio. EUR werden 2023 in die bestehenden fünf interdisziplinären EU-Missionen zu den Themen Kampf gegen Krebs sowie Bodenschutz, Klimawandelanpassung, klimaneutrale Städte und Schutz der Ozeane und Binnengewässer investiert. Im Zuge der Verabschiedung hat die Kommission auch das Arbeitsprogramm für den EIC, den Europäischen Innovationsrat, veröffentlicht. Dieser ist fester Pfeiler der innovations- und anwendungsorientierten dritten Säule des Rahmenprogramms Horizont Europa und sieht Ausschreibungen in Höhe von rund 1,6 Mrd. EUR vor, darunter auch für Unternehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7404

Kommission; Forschung; Horizont Europa; Marie-Curie-Förderung;

Die Kommission hat am 07.12.2022 die neuen Förderausschreibungen der Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa veröffentlicht. MSCA sind ein bei Forschenden sehr beliebtes Element der Mobilitätsförderung in Horizont Europa und fest etabliert in der ersten Säule des Rahmenprogramms. Im Jahr 2023 werden im Rahmen der MSCA rund 856 Mio. EUR und 2024 rund 902 Mio. EUR bereitgestellt. Gefördert werden neben MSCA-Postdoktorandenstipendien auch weiterhin MSCA-Promotionsnetzwerke und der Personalaustausch in bestimmten Bereichen. Die Auswahl der geförderten

Forschenden basiert auf dem Prinzip der Exzellenz. Seit 2014 wurden im Rahmen des MSCA-Programms bereits über 66.200 Forschende aus Europa und darüber hinaus unterstützt. Für die einzelnen Komponenten der MSCA-Förderung gelten unterschiedliche Fristen, die auf der Webseite der Kommission einzeln abrufbar sind.
https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ausbildung-und-mobilitat-von-forschenden-175-milliarden-euro-steinen-20232024-fur-neue-vorschlaege-2022-12-07_de

Finanzdienstleistungen

Rat; Rechtsakt über digitale Betriebsstabilität angenommen

Am 28.11.2022 hat der Rat den Rechtsakt über digitale Betriebsstabilität (DORA) angenommen, mit dem sichergestellt werden soll, dass der europäische Finanzsektor in der Lage ist, die Betriebsstabilität im Falle einer schwerwiegenden Störung aufrechtzuerhalten. In der DORA-Verordnung werden einheitliche Anforderungen für die Sicherheit der Netz- und Informationssysteme von im Finanzsektor tätigen Unternehmen und Organisationen sowie kritischen Dritten, die ihnen Dienstleistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien bereitstellen, festgelegt. Das Kernziel besteht darin, Cyberbedrohungen zu verhindern und zu mindern.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/11/28/digital-finance-council-adopts-digital-operational-resilience-act/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Digital+finance:+Council+adopts+Digital+Operational+Resilience+Act

Rat; Allgemeine Ausrichtung bei der Bekämpfung von Geldwäsche beschlossen

Am 07.12.2022 hat der Rat seine allgemeine Ausrichtung zu den Vorschlägen der Kommission vom 20.07.2021 über die AML-Verordnung und die AMLD6-Richtlinie beschlossen. Die beiden Vorschläge sind Teil des Legislativpakets zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Zusammen mit dem Vorschlag für eine Neufassung der Verordnung über Geldtransfers, über den bereits eine Einigung mit dem EP erzielt wurde, werden diese nach der Annahme das neue EU-Regelwerk zur Bekämpfung von Geldwäsche bilden. Die Anti-Geldwäsche-Regeln sollen auf den Kryptosektor ausgedehnt werden, sodass alle Provider von Kryptoanlagen Geldwäschescreenings bei ihren Kunden vornehmen müssen. Zudem sollen künftig auch Kapitalvermittler sowie Juweliere, Uhrenmacher und Goldschmiede den Regeln unterfallen. Es soll zudem eine EU-weite Obergrenze von 10.000 EUR für Barzahlungen eingeführt werden. In seiner Ausrichtung entschied sich der Rat, die Regeln über Beneficial Ownership transparenter zu gestalten und sie stärker zu harmonisieren.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/07/anti-money-laundering-council-agrees-its-position-on-a-strengthened-rulebook/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Anti-money+laundrying:+Council+agrees+its+position+on+a+strengthened+rulebook

Kommission; Vorschläge zu Clearing, Insolvenz von Nichtbanken und Notierung an öffentlichen Märkten

Am 07.12.2022 hat die Kommission Maßnahmen zur Weiterentwicklung der EU-Kapitalmarktunion vorgelegt. Zunächst sollen die Maßnahmen die Attraktivität und Widerstandsfähigkeit der in der EU erbrachten Clearingdienste steigern. Bestimmte Insolvenzvorschriften für Nichtbanken sollen harmonisiert werden, um die Vorschriften

effizienter zu gestalten und grenzüberschreitende Investitionen zu fördern. Der Verwaltungsaufwand für Unternehmen jeder Größe soll durch einen neuen Rechtsakt zur Notierung an öffentlichen Märkten verringert werden, damit die Unternehmen durch eine Börsennotierung leichter Zugang zu Finanzmitteln erhalten können.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7348

Finanzen

ESM; Luxemburger Pierre Gramegna neuer geschäftsführender Direktor

Der Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hat am 25.11.2022 mit Wirkung zum 01.12.2022 den früheren Luxemburger Finanzminister Pierre Gramegna zu seinem neuen geschäftsführenden Direktor gewählt. Er ist der Nachfolger des Deutschen Klaus Regling, dessen Mandat am 07.10.2022 ausgelaufen war. Er wurde für fünf Jahre gewählt. Die Amtszeit kann einmal verlängert werden.
<https://www.esm.europa.eu/press-releases/esm-board-governors-appoints-pierre-gramegna-new-esm-managing-director>

SRB; Dominique Laboureix neuer Vorsitzender

Am 25.11.2022 wurde der Franzose Dominique Laboureix als neuer Vorsitzender des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (Single Resolution Board, SRB) mit Wirkung zum 01.01.2023 als der Nachfolger der Deutschen Elke König ernannt. Laboureix war bereits von 2015 bis 2019 Mitglied des SRB. Zuletzt war er Generalsekretär der französischen Aufsichtsbehörde Autorité de Contrôle Prudentiel et de Résolution (ACPR).
<https://www.srb.europa.eu/en/content/new-srb-chair-new-board-member-dominique-laboureix-and-tuija-taos-are-officially-appointed>

EuRH; Jahresbericht über finanzielle Risiken im Einheitlichen Abwicklungsmechanismus

Am 30.11.2022 hat der Europäische Rechnungshof (EuRH) seinen jährlichen Bericht über alle finanziellen Risiken im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM), dem EU-System für die geordnete Abwicklung in Schieflage geratener Banken innerhalb der Bankenunion, veröffentlicht. Für das Haushaltsjahr 2021 meldete der Einheitliche Abwicklungsausschuss (SRB) eine Reihe von möglichen künftigen finanziellen Verpflichtungen. Die Prüfer halten diese Angaben für angemessen, empfehlen aber Verbesserungen bei der Überwachung des finanziellen Risikos und bei der Berechnungsmethode der möglicherweise im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren anfallenden Kosten. Seit der Abwicklung der Banco Popular Español im Jahr 2017 wurden zahlreiche Verfahren auf EU- und nationaler Ebene angestrengt. Für das Haushaltsjahr 2021 meldete der SRB keine weiteren mit diesem Abwicklungsbeschluss zusammenhängenden laufenden Verfahren auf EU-Ebene. Die Prüfer fanden keine Anhaltspunkte, die dieser Bewertung durch den SRB widersprechen würden.
https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SRM_2021_contingent_liabilities/SRM_2021_contingent_liabilities_DE.pdf

Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN

Am 05.12.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in Brüssel. Auf der Tagesordnung standen die Haushaltspläne der Eurostaaten für 2023, der Bericht über die Nachprogrammüberwachung

Griechenlands und die Wiederwahl Paschal Donohoes als Präsident der Gruppe. Am 06.12.2022 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) unter dem Vorsitz der tschechischen Ratspräsidentschaft ebenfalls in Brüssel. Dabei ging es um die Fortschritte beim Geldwäschepaket, weitere finanzielle Unterstützung für die Ukraine und die Mitteilung der Kommission zur Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2022/12/06/>

Kommission; Paket zur Reform des Mehrwertsteuersystems

Die Kommission hat am 08.12.2022 eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen das Mehrwertsteuersystem der EU modernisiert und dafür gesorgt werden soll, dass das System für Unternehmen besser funktioniert und widerstandsfähiger gegen Betrug wird. So soll etwa die digitale Meldung in Echtzeit für Mehrwertsteuerzwecke auf der Grundlage der elektronischen Rechnungsstellung eingeführt werden. Zudem sollen die Vorschriften für Plattformen in den Bereichen Personenbeförderung und Kurzzeitvermietung von Unterkünften dahingehend aktualisiert werden, dass in diesen Bereichen tätige Plattformbetreiber künftig dafür zuständig sind, die Mehrwertsteuer zu erheben und an die Steuerbehörden abzuführen, wenn Dienstanbieter dies nicht tun. Schließlich soll eine einzige EU-weite Mehrwertsteuerregistrierung eingeführt werden, sodass sich Unternehmen für die gesamte EU nur einmal für Mehrwertsteuerzwecke registrieren müssen. Zudem könnten sie dann ihre Mehrwertsteuerpflichten über ein einziges Online-Portal in nur einer Sprache erfüllen. Die Kommission schätzt, dass den Mitgliedstaaten (MS) im Jahr 2020 Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 93 Mrd. EUR entgangen sind. Sie hofft, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen den MS dabei helfen, jährlich zusätzliche Einnahmen in Höhe von bis zu 18 Mrd. EUR zu erzielen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_7514

EuRH; Sonderbericht zur Überprüfung der Bruttonationaleinkommen

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 08.12.2022 einen Sonderbericht zur Überprüfung der Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten (MS) veröffentlicht. Die Daten zum Bruttonationaleinkommen sind eine wichtige Grundlage für die Berechnung der EU-Beiträge der MS. Die Rechnungsprüfer rügen in ihrem Sonderbericht, dass die Überprüfung dieser Daten nicht gezielt genug erfolge. Eurostat (Statistische Amt der EU) habe es versäumt, Hochrisikoaspekte sowie Länder der höchsten Risikokategorie systematisch mit Vorrang zu überprüfen. Das sei aber wichtig, um die Vorhersehbarkeit der Haushaltsbeiträge für die MS zu verbessern. Auch seien andere Überprüfungen nicht frühzeitig genug durchgeführt worden. Beispielsweise habe Eurostat nicht umgehend auf das Problem reagiert, dass multinationale Unternehmen ihre Tätigkeit aus Steuergründen verlagern. Es sei ungeklärt, wie die Jahre vor der Verlagerung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der MS zu berücksichtigen seien.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=62634>

S o z i a l e s

Kommission; Gleichstellungspaket vorgelegt I: Vorschlag zur Elternschaft

Die Kommission hat am 07.12.2022 das sogenannte Gleichstellungspaket vorgelegt. Ein Maßnahmenbündel adressiert die gegenseitige Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten. Zur Vereinfachung der Anerkennung der Elternschaft schlägt die Kommission eine Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von

Entscheidungen und öffentlichen Urkunden sowie die Einführung eines europäischen Elternzertifikates vor.

https://ec.europa.eu/info/files/proposal-council-regulation-jurisdiction-applicable-law-recognition-decisions-and-acceptance-authentic-instruments-matters-parenthood-and-creation-european-certificate-parenthood_en

Kommission; Gleichstellungspaket vorlegt II: Gleichstellungsstellen

Die Kommission hat am 07.12.2022 das sogenannte Gleichstellungspaket vorgelegt. Mit dem Paket wird auch die Stärkung von Gleichstellungsstellen adressiert, um effektiver Diskriminierung bekämpfen zu können. Hinsichtlich der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen werden zwei Richtlinien vorgeschlagen, die die Standards bei Gleichstellungsstellen im Allgemeinen sowie im Bereich der Gleichbehandlung und Chancengleichheit in Arbeits- und Beschäftigungsfragen betreffen.

https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/tackling-discrimination/equality-bodies_en

EuGH; Schlussanträge zur Teilzeitarbeit bei der Lufthansa vorgelegt (C-311/21)

Generalanwalt Collins hat am 01.12.2022 Schlussanträge zur Frage von tarifvertraglichen Regelungen bei der Teilzeitarbeit von Piloten vorgelegt. Geklagt hat ein Pilot in Teilzeit gegen die Lufthansa City Line GmbH. Gegenstand der Rechtssache ist die besondere Regelung zu den Flugdienststunden an Einsatztagen bei Piloten. Diese ist aufgrund der Besonderheiten des Flugverkehrs nicht reduziert, jedoch erhalten Teilzeitkräfte mehr Urlaubstage als Ausgleich. Zudem wird die Höhe der Entgelte anhand unterschiedlicher Stundensätze ermittelt, die ansteigend bei Erreichen einer jeweiligen Auslösegrenzen monatlicher Flugdienststunden gestaffelt sind. Der Kläger sieht sich als Teilzeitkraft diskriminiert, da für ihn die höheren Stundensätze schwerer zu erreichen sind und verlangt daher eine Neuberechnung der Auslösegrenzen, die proportional zu seinem Teilzeit Beschäftigungsverhältnis abgesenkt werden sollte. Der Generalanwalt schlägt dem EuGH vor, dass die sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen nicht dem Europarecht entgegenstehen, da die gleiche Anzahl von geleisteten Arbeitsstunden sowohl bei teilzeitbeschäftigten und vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern auch gleich vergütet wird.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=262969&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=56289>

EuGH; Schlussanträge zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in Bezug auf sexuelle Ausrichtung vorgelegt (C-356/21)

Generalwältin Ćapeta hat am 08.09.2022 Schlussanträge zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf in Bezug auf die sexuelle Ausrichtung vorgelegt. Der polnische Fernsehsender PT hatte einen mit dem als Selbstständigen tätigen Kläger geschlossenen Vertrag gekündigt, kurz nachdem dieser auf dem gemeinsam mit seinem Lebenspartner geführten YouTube-Kanal ein Weihnachtsmusikvideo veröffentlicht hatte, das für Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren wirbt. Hiergegen geht der Kläger unter Berufung auf die europäische Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf vor, da er in der Vertragskündigung eine Diskriminierung wegen sexueller Ausrichtung sieht. Generalwältin Ćapeta teilt in ihren Schlussanträgen die Auffassung der Kommission, dass sich der Anwendungsbereich der Richtlinie auch auf die Ablehnung des Abschlusses eines einzelnen Dienstleistungsvertrags mit einem Selbstständigen erstreckt, welche durch die sexuelle Ausrichtung dieser Person motiviert ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=265089&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=56165>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zu Asbest am Arbeitsplatz angenommen

Im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz wurde am 08.12.2022 die allgemeine Ausrichtung zur Novellierung der Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz angenommen. Eckpunkte der Ratsposition sind eine Absenkung des Expositionswertes dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgesetzt sein dürfen sowie eine verbesserte Messmethode durch Anwendung der Elektronenmikroskopie.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14988-2022-INIT/de/pdf>

Kommission; Konsultation zum EU-Behindertenausweis

Die Kommission führt in der Zeit vom 11. bis 21.12.2022 eine Konsultation zur Folgenabschätzung für den geplanten Rechtsakt zu einem Europäischen Behindertenausweis durch. Mit dem Ausweis sollte der in einem EU-Land anerkannte Behindertenstatus auch in anderen anerkannt werden, sodass die Inhaberin bzw. der Inhaber Zugang zu Vorzugsbedingungen für bestimmte Dienstleistungen in der gesamten EU erhält. Er soll dabei auf dem Pilotprojekt des Europäischen Behindertenausweises aufbauen und für ein breiteres Spektrum von Dienstleistungen gelten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13517-Europaischer-Behindertenausweis_de

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Konsultation zur digitalen Fairness – Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts

Die Kommission stellt vom 28.11.2022 bis zum 20.02.2023 eine Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts in Bezug auf digitale Fairness zur Konsultation. Die Kommission kündigte in der neuen Verbraucheragenda an, dass sie prüfen werde, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich seien, um ein gleiches Maß an Fairness online und offline zu gewährleisten. Bei dieser Eignungsprüfung werden EU-Verbraucherschutzvorschriften untersucht, um festzustellen, ob sie ein hohes Schutzniveau im digitalen Umfeld gewährleisten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13413-Digitale-Fairness-Eignungsprüfung-des-EU-Verbraucherrechts_de

EP; Rat, Einigung über EU-Vorschriften zum besseren Schutz von Online-Käuferinnen und Käufern

Am 28.11.2022 erzielten EP und Rat eine vorläufige politische Einigung über die Aktualisierung der EU-Vorschriften zur Produktsicherheit von Non-Food-Verbraucherprodukten. Die neue Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (GPSR) zielt darauf ab, die Herausforderungen der Produktsicherheit beim Online-Einkauf anzugehen. Die vereinbarten Regeln sollen sicherstellen, dass alle Arten von Produkten in der EU, ob sie nun online oder in traditionellen Geschäften verkauft werden, den höchsten Sicherheitsanforderungen entsprechen. Ein Produkt kann nur dann verkauft werden, wenn es einen in der EU ansässigen Wirtschaftsakteur gibt, der für die Sicherheit des Produkts verantwortlich ist. Bei der Bewertung der Produktsicherheit hat das EP Maßnahmen vorgesehen, die gewährleisten sollen, dass Risiken für besonders schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher (z.B. Kinder), geschlechtsspezifische Aspekte und Risiken der Cybersicherheit berücksichtigt werden. Die vereinbarten Rechtsvorschriften verbessern das Verfahren

für den Rückruf von Produkten, da die Rückgabequoten nach wie vor niedrig sind und schätzungsweise ein Drittel der Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU zurückgerufene Produkte weiterhin verwendet. Außerdem werden Informationen über Reparatur, Ersatz oder eine angemessene Erstattung verbessert.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20221128IPR58018/deal-on-eu-rules-to-better-protect-online-shoppers-and-vulnerable-consumers>

Rat; EP; Einigung zu Verbraucherkrediten

Am 02.12.2022 einigten sich Rat und EP auf überarbeitete Rechtsvorschriften über Verbraucherkreditverträge. Die Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie soll den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die einen Kredit beantragen, auf europäischer Ebene modernisieren und verbessern. Es soll dafür gesorgt werden, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Beantragung eines Kredits eine fundierte Entscheidung treffen können. Vor der Unterzeichnung eines Kreditvertrags muss der Kreditgeber den leichten Zugang zu allen erforderlichen Informationen sicherstellen und über die Gesamtkosten des Kredits informieren. Darüber hinaus müssen die Kreditgeber die Kreditwürdigkeit prüfen. Die Vorschriften sollen zum Verbraucherschutz und zum Schutz vor Überschuldung dienen. Um mit dem Trend der Digitalisierung Schritt zu halten, gelten die neuen Kreditvorschriften nun auch für bestimmte risikoreiche Kredite, die vom Anwendungsbereich der derzeit geltenden Richtlinie ausgeschlossen sind. Dazu gehören Kredite unter 200 Euro, Kredite, die über Crowd-Lending-Plattformen angeboten werden, Sofortkauf-Produkte mit späterer Rückzahlung und die Bewertung der Kreditwürdigkeit.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/02/council-and-european-parliament-agree-to-improve-protection-for-consumers-applying-for-credit/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+and+European+Parliament+agree+to+improve+protection+for+consumers+applying+for+credit

Kommission; Bericht über den Stand der Gesundheitskrisenvorsorge vorgelegt

Die Kommission hat am 30.11.2022 den ersten Bericht über den Stand der Gesundheitskrisenvorsorge präsentiert. Mit dem Bericht werden vorrangig die Aktivitäten der im September 2021 eingerichteten EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen HERA (Health Emergency Preparedness and Response Authority) dokumentiert. So habe HERA drei wesentliche grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren identifiziert: Krankheitserreger mit hohem Pandemiepotenzial; Chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren sowie Gefahren durch Antibiotikaresistenz. Auf Basis dieser Erkenntnisse plant die Kommission für 2023 Gegenmaßnahmen in vier Bereichen: Entwicklung medizinischer Gegenmaßnahmen; Gefahrenanalyse und Informationsgewinnung; Stärkung robuster Lieferketten und der Produktionskapazitäten sowie Internationale Koordinierung und globale Maßnahmen.

https://health.ec.europa.eu/publications/state-health-preparedness-report_de

Kommission; EU-Strategie für die „Globale Gesundheit“ vorgelegt

Die Kommission hat am 30.11.2022 die EU-Strategie für eine „Globale Gesundheit“ vorgelegt. Mit der Strategie, die den Titel „eine bessere Gesundheit für alle in einer sich wandelnden Welt“ (Better Health for All in a Changing World) trägt, strebt die Kommission an, das Profil der EU als globalen Gesundheitsakteur weiter zu schärfen. Basierend auf den Erkenntnissen der COVID-19-Pandemie soll der Fokus des weltweiten gesundheitspolitischen Engagements der EU auf drei als prioritär erachtete Aktionsbereiche gelegt werden: Die Verbesserung der Volksgesundheit und des Wohlbefindens im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele für 2030; Verbesserung

des universellen Zugangs zur Gesundheitsversorgung und Bekämpfung von Gesundheitsgefahren und Pandemien. Mit einem neuen Ansatz der globalen Kooperation und partnerschaftlicher Aktionen im Gesundheitsbereich wird beabsichtigt, die Umsetzung der gesetzten Ziele voranzutreiben. Hierfür soll die Weltgesundheitsorganisation WHO weiter gestärkt werden, wobei die EU durch die Umstrukturierung der internen Governance eine führende Rolle einzunehmen gedenkt. Als Beispiele nennt die Kommission einen integrierten Früherkennungsmechanismus für grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren und das Engagement der „Team Europe Initiative“, mit der die weltweite Verteilung der COVID-19-Impfstoffe koordiniert und durchgeführt wurde.

https://health.ec.europa.eu/publications/eu-global-health-strategy-better-health-all-changing-world_en

Kommission; Förderprogramm 2023 im Bereich Gesundheit und Digitales veröffentlicht

Die Kommission hat am 22.11.2022 das Arbeitsprogramm 2023 für die Förderaufrufe im Rahmen des EU-Gesundheitsprogramms „EU4Health“ veröffentlicht. Für das Jahr 2023 können mit EU4Health Projekte in den vier Förderschwerpunkten Krisenvorsorge, Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention, Gesundheitssysteme und Fachkräfte in Gesundheitsberufen sowie Digitalisierung im Gesundheitswesen von europäischen Fördermitteln profitieren. Als horizontales Förderkriterium ist der Bereich „Krebs“ benannt, um die Umsetzung des europäischen Krebsbekämpfungsplanes voranzutreiben. Darüber hinaus können Maßnahmen im Kontext von Covid-19 und bezüglich der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ebenfalls mit dem Programm finanziert werden. Insgesamt sind für das Jahr 2023 über 735 Mio. EUR in EU4Health budgetiert.

https://hadea.ec.europa.eu/programmes/eu4health_en

U m w e l t

Kommission; CITES-COP19 - Handelsregelung für Wildtiere

Auf der Artenschutzkonferenz CITES COP19, die vom 14.- 25.11.2022 in Panama stattfand, einigten sich die teilnehmenden Staaten auf nachhaltigen Handel mit mehr als 500 neu aufgelisteten Arten. Dies soll dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenwirken, der Gesundheit, Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen bedroht. Die Unterzeichner des CITES-Übereinkommens haben eine Vielzahl von Beschlüssen zur Stärkung und Ausweitung der weltweiten Regelung für den Handel mit wildlebenden Tieren und Pflanzen gefasst, darunter Schutzmaßnahmen für Singvögel, Reptilien, Amphibien und Baumarten. Auch Hai- und Seegurkenarten werden stärker gegen nicht nachhaltigen internationalen Handel geschützt. Die COP nahm auch Vorschläge der EU zu Reptilien und Amphibien an. Im Einklang mit ihrem kürzlich überarbeiteten Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Handels mit wildlebenden Tieren und Pflanzen hat die EU auch Beschlüsse unterstützt, die auf eine bessere Durchsetzung und Einhaltung der CITES-Bestimmungen abzielen.

https://environment.ec.europa.eu/news/wildlife-trade-regime-2022-11-28_en

Kommission; Moldawien beteiligt sich am LIFE-Programm für Umwelt und Klima

Der EU-Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei und die Premierministerin der Republik Moldau, haben am 26.11.2022 gemeinsam ein Abkommen über den Beitritt Moldaus zum LIFE-Programm für Umwelt und Klima unterzeichnet. Die Republik Moldau ist nach Island und der Ukraine das dritte Nicht-EU-Land, das dem Programm

beitritt. Durch den Beitritt zum LIFE-Programm kann die Republik Moldau von der LIFE-Unterstützung für die Mobilisierung öffentlicher und privater Ressourcen für den Klimaschutz, den Schutz der biologischen Vielfalt, die Kreislaufwirtschaft und den Übergang zu sauberer Energie profitieren.

https://environment.ec.europa.eu/news/moldova-joins-life-programme-environment-and-climate-2022-11-28_de

Rat; Grünes Licht für die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Am 28.11.2022 hat der Rat die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen endgültig gebilligt. Dies bedeutet, dass die Unternehmen verpflichtet werden, detaillierte Informationen zu Nachhaltigkeitsaspekten zu veröffentlichen. Dies wird die Rechenschaftspflicht der Unternehmen erhöhen, divergierende Nachhaltigkeitsstandards verhindern und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft erleichtern. In der Praxis bedeutet dies, dass die Unternehmen darüber Bericht erstatten müssen, wie sich ihr Geschäftsmodell auf die Nachhaltigkeit des Unternehmens auswirkt und wie externe Nachhaltigkeitsfaktoren (etwa Klimawandel oder Menschenrechtsfragen) ihre Tätigkeiten beeinflussen. Die neuen Vorschriften für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gelten für große Unternehmen von öffentlichem Interesse mit mehr als 500 Beschäftigten, für alle großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten und einem Umsatz von 40 Mio. EUR sowie für alle an geregelten Märkten notierten Unternehmen mit Ausnahme von Kleinstunternehmen. Die Vorschriften gelten ebenfalls für KMU unter Berücksichtigung ihrer besonderen Merkmale. In Bezug auf nichteuropäische Unternehmen gilt die Pflicht zur Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts für alle Unternehmen, die in der EU einen Nettoumsatz von 150 Mio. EUR erzielen und mindestens eine Tochtergesellschaft oder Zweigniederlassung in der EU haben.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/11/28/council-gives-final-green-light-to-corporate-sustainability-reporting-directive/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Rat+gibt+endg%u00fcltiges+gr%u00fcne+s+Licht+f%u00fcr+die+Richtlinie+%u00fcbcr+die+Nachhaltigkeitsberichterstattung+von+Unternehmen

Kommission; Vorschlag zur Zertifizierung von CO₂-Abbau

Am 30.11.2022 veröffentlichte die EU-Kommission den „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Zertifizierungsrahmens der Union für den Kohlenstoffabbau“ (COM (2022) 672 final). Durch die vorgeschlagene Verordnung soll die CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre besser quantifiziert, überwacht und überprüft werden können. Der CO₂-Abbau muss laut Vorschlag eindeutige Vorteile für das Klima mit sich bringen, und die Kommission sieht vor, Maßnahmen zum CO₂-Abbau Vorrang einzuräumen, die auch Vorteile für die biologische Vielfalt oder andere wichtige Umweltziele der EU haben. Die Kommission wird mit Unterstützung von Experten Zertifizierungsmethoden für unterschiedliche Maßnahmen zur CO₂-Entnahme entwickeln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7156

Kommission; Kreislaufwirtschaftspaket: Verpackungsverordnung

Die EU-Kommission hat am 30.11.2022 im Rahmen eines Pakets zur Kreislaufwirtschaft ihren Vorschlag für eine Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle vorgelegt. Die neuen Regelungen sollen zu einer Reduzierung der Verpackungsabfälle, zu einer wirtschaftlich tragfähigen Recyclingfähigkeit aller Verpackungen bis 2030 sowie zu einem erhöhten Anteil recycelter Kunststoffe in Verpackungsmaterialien beitragen. Der VO-Vorschlag sieht vor, dass jeder

Mitgliedstaat die Verpackungsabfälle bis 2040 um 15% gegenüber 2018 reduziert, mit Reduktionszwischenzielen für 2030 (5%) sowie 2035 (10%).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7155

Kommission; Mitteilung zu biobasierten, biologisch abbaubaren und kompostierbaren Kunststoffen

Die Mitteilung der Kommission vom 30.11.2022 soll mehr Klarheit in Bezug auf biobasierte, biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe schaffen und darlegen, wie dafür gesorgt werden kann, dass die Umweltauswirkungen ihrer Herstellung und ihres Verbrauchs positiv sind. Dafür sollen Produkte, die als „biobasiert“, „biologisch abbaubar“ und „kompostierbar“ gekennzeichnet sind, bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Denn viele Produkte, die "grün" zu sein scheinen, weil sie eines der Label tragen, tragen nicht wie gewünscht zur Kreislaufwirtschaft und Reduktion des Abfalls bei. Ein neuer Rahmen soll jetzt die genauen Bedingungen für die Abbaubarkeit dieser Kunststoffe klären.

https://environment.ec.europa.eu/topics/plastics/biobased-biodegradable-and-compostable-plastics_en

EuGH; Schlussanträge in der Rechtssache C-626/21 Europäisches Schnellwarnsystem RAPEX

Am 01.12.2022 legte Generalanwältin Ácapeta ihre Schlussanträge in der Rechtssache C 626/21 zum raschen Informationsaustausch (RAPEX) für gefährliche Non-Food-Produkte vor. Ihrer Auffassung nach haben Wirtschaftsteilnehmer ein Recht, die Vervollständigung einer RAPEX-Meldung zu verlangen. Eine unvollständige RAPEX-Meldung könne den Handel mit sicheren Produkten behindern, die unberechtigt von ihr erfasst würden. Anlass für den Rechtsstreit waren aus China stammenden Feuerwerkskörper, die in AUT verkauft wurden. Nachdem die zuständige österreichische Behörde festgestellt hatte, dass diese Feuerwerkskörper für Anwender nicht handhabungssicher seien, leitete sie ein RAPEX-Meldeverfahren ein und übermittelte über die nationale RAPEX-Kontaktstelle drei gesonderte Meldungen. Die Kommission leitete diese Meldungen nach einer Überprüfung an die Mitgliedstaaten weiter. Das polnische Unternehmen Funke, das die Feuerwerkskörper einführte, war der Ansicht, dass die Produkte in diesen über RAPEX übermittelten Meldungen nicht ordnungsgemäß beschrieben worden seien, und beantragte bei der zuständigen österreichischen Behörde, die RAPEX-Meldungen durch Ergänzung der Chargennummern der betroffenen Produkte zu vervollständigen. Ihre Anträge wurden jedoch zurückgewiesen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-12/cp220194de.pdf>

Rat/EP; Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung Entwaldungsfreier Lieferketten

Der Rat und das EPzielten am 06.12.2022 eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag zur Minimierung des Risikos der Entwaldung und Waldschädigung im Zusammenhang mit Produkten, die in die EU ein- oder ausgeführt werden. Die vorläufige Einigung legt verbindliche Sorgfaltspflichten für alle Marktteilnehmer und Händler fest, die folgende Waren auf dem EU-Markt in Verkehr bringen, bereitstellen oder ausführen: Palmöl, Rindfleisch, Holz, Kaffee, Kakao, Gummi und Soja. Die Vorschriften gelten auch für eine Reihe von Folgeprodukten wie Schokolade, Möbel, bedrucktes Papier und ausgewählte Derivate auf Palmölbasis. Außerdem einigten sich Rat und EP auf eine Definition der Entwaldung, die sich auf eine Definition der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) stützt und legten die Definition von "Waldschädigung" fest, die die strukturellen Veränderungen der Waldbedeckung in Form der Umwandlung von natürlich nachwachsenden Wäldern und Primärwäldern

in Plantagenwälder und andere bewaldete Flächen sowie die Umwandlung von Primärwäldern in gepflanzte Wälder bezeichnet. Ferner wird ein Benchmarking-System eingerichtet, das Dritt- und EU-Ländern einen Risikograd in Bezug auf Entwaldung und Waldschädigung zuweist. Auch der Zusammenhang zwischen Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen soll berücksichtigt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/12/06/council-and-parliament-strike-provisional-deal-to-cut-down-deforestation-worldwide/>

Rat; EP, ETS-Luftverkehr: vorläufige Einigung zur Verringerung der Emissionen im Flugverkehr

Der Rat und das EP haben am 07.12.2022 eine vorläufige politische Einigung über die Überarbeitung der Regeln des EU-Emissionshandelssystems für den Luftverkehr erzielt. Gemäß der Einigung wird das EU-Emissionshandelssystem für innereuropäische Flüge gelten, während CORSIA von 2022 bis 2027 für außereuropäische Flüge von und in Drittländer, die an CORSIA teilnehmen, gelten wird. Erreichen die Emissionen aus Flügen von und nach außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums Werte, die über 85 % des Niveaus von 2019 liegen, müssen sie durch entsprechende Emissionsgutschriften ausgeglichen werden, die in Emissionssenkungen in Ländern investiert werden, die an CORSIA teilnehmen. Ferner sollen die kostenlosen Emissionszertifikate für den Luftfahrtsektor schrittweise abgebaut werden. Ab 2026 sollen Zertifikate vollständig versteigert werden. Der Rat und das EP einigten sich außerdem darauf, 20 Mio. kostenlose Zertifikate zur Verfügung zu stellen, um Anreize für die Einführung von innovativen Kraftstoffen zu schaffen. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Kommission ab 2025 ein Überwachungs-, Berichterstattungs- und Überprüfungssystem für Nicht-CO₂-Effekte im Luftverkehr einführt und bis 2028 nach einer Folgenabschätzung einen Vorschlag zur Behandlung von Nicht-CO₂-Effekten unterbreitet.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/12/07/ets-aviation-council-and-parliament-strike-provisional-deal-to-reduce-flight-emissions/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=ETS+aviation%3a+Council+and+Parliament+strike+provisional+deal+to+reduce+flight+emissions

Kommission; Dashboard zur Lebensmittelsicherheit in der EU

Das Dashboard, das am 08.12.2022 auf der EU-Agrarausblickskonferenz 2022 von der Kommission vorgestellt wurde, enthält eine breite Palette von Indikatoren, die sich auf die Lebensmittelversorgung und die Ernährungssicherheit in der EU auswirken, z.B. Wetter- und Dürreereignisse, Fracht- und Energiekosten, die Entwicklung von Tierkrankheiten und mögliche Handelsbeschränkungen. Ein spezieller Überwachungsteil wird Daten zu den Selbstversorgungsquoten der wichtigsten Agrarrohstoffe sowie zu den Anteilen der EU und der EU-Länder an den Einfuhren dieser Rohstoffe und Düngemittel enthalten. Auch die monatlichen Inflationsraten für Lebensmittel in der EU werden angezeigt. Eine zeitnahe und transparente Überwachung der Märkte und der sie beeinflussenden Entwicklungen sei unerlässlich, um über geeignete Maßnahmen zur Verhinderung und Abschwächung etwaiger Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung und die Ernährungssicherheit zu entscheiden. Neben der genauen Überwachung der weltweiten Ernährungssicherheit setzt sich die EU weiterhin dafür ein, Ausfuhrbeschränkungen und -verbote für Lebensmittel zu vermeiden.

https://agriculture.ec.europa.eu/news/european-commission-launches-dashboard-food-security-eu-2022-12-08_en

Kommission; Bericht zu Zero Pollution Zielen für 2030

Am 08.12.2022 veröffentlicht die Kommission ihren ersten Bericht über die Überwachung und den Ausblick auf eine Verringerung der Umweltverschmutzung und ihren dritten Bericht über die Luftreinhaltung, in denen Wege zu sauberer Luft, sauberem Wasser und sauberem Boden aufgezeigt werden. Die Berichte zeigen, dass die EU-Politik dazu beigetragen hat, die Luftverschmutzung und die Verschmutzung durch Pestizide sowie den Müll in den Meeren zu verringern. Die Verschmutzungswerte sind laut Kommission jedoch immer noch zu hoch. In anderen Bereichen wie schädlicher Lärm, Nährstoffverschmutzung oder kommunalem Abfallaufkommen seien die Fortschritte ins Stocken geraten. Weitere Maßnahmen seien notwendig, wenn die Ziele für die Verringerung der Umweltverschmutzung bis 2030 erreicht werden sollen. Die Verschmutzung schädige neben der menschlichen Gesundheit auch die biologische Vielfalt. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten seien beträchtlich. Der Bericht fordert eine rasche Einigung und Verabschiedung der Legislativvorschläge zur Verringerung der Schadstoffbelastung sowie eine bessere Umsetzung der bestehenden Maßnahmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_7552

L a n d w i r t s c h a f t

EP; Resolution zum Schutz der Viehwirtschaft und der Großraubtiere in Europa

In einer am 24.11.2022 angenommenen Entschließung weist das Parlament darauf hin, dass die Zahl mehrerer streng geschützter Arten von Großraubtieren in der EU zugenommen hat. Die Abgeordneten seien besonders besorgt über die negativen Auswirkungen von Angriffen auf Nutztiere durch Wölfe. Sie fordern die Kommission auf, die Populationen von Großraubtieren und die durch ihre Angriffe verursachten Schäden weiterhin zu bewerten und zu überwachen und eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, da sich Raubtiere über große Entfernungen hinwegbewegten. Sie fordern die Kommission auf, Überwachungsdaten zu nutzen und den Schutzstatus von Arten anzupassen, sobald der gewünschte Erhaltungszustand erreicht sei. Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass der Schaf- und Ziegensektor bereits unter wirtschaftlichem Druck stehe, und sprechen sich für langfristige Finanzierungsmöglichkeiten für präventive Maßnahmen sowie eine umfassende Entschädigung für Verluste von Nutztieren aus, die durch große Raubtiere verursacht werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20221121IPR56001/meps-urge-for-wolves-protected-status-to-be-changed-to-help-shield-livestock>

Kommission; Konsultation zur Kennzeichnung von ökologischem Heimtierfutter

Die Kommission stellt vom 28.11.2022-23.01.2023 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Kennzeichnung von Bio-Heimtierfutter zur Konsultation. Seit dem 01.01.2022 darf Heimtierfutter nicht mehr als ökologisch/biologisch gekennzeichnet werden, da die Verordnung (EU) 2018/848 zwar die Kennzeichnung von Futtermitteln für Nutztiere wie Heu und Silage regelt, aber keine spezifischen Vorschriften für die Kennzeichnung von Heimtierfutter enthält. Vor diesem Hintergrund zielt der vorliegende Vorschlag darauf ab, spezifische Kennzeichnungsvorschriften für Heimtierfutter festzulegen. Durch diese Vorschriften wird das Aufbringen des Logos der EU für ökologische/biologische Produktion auf Heimtierfutter, insbesondere für Katzen und Hunde, zugelassen. Darüber hinaus wird vorgeschrieben, dass auf verpacktem Heimtierfutter, das als ökologisch/biologisch gekennzeichnet ist, das Logo der EU für ökologische/biologische Produktion aufgebracht sein muss.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13657-Labelling-of-organic-pet-food_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13657-<u>Labelling-of-organic-pet-food_de</u>)

Kommission; Konsultation Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums

Die Kommission stellt vom 02.12.2022 – 30.12.2022 eine delegierte Verordnung zur Kontrolle der Einhaltung der Voraussetzungen für die Gewährung flächenbezogener Zahlungen im Rahmen von Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums zur Konsultation. Mit diesem Rechtsakt werden die Vorschriften festgelegt, die für die Kontrolle der Einhaltung der Konditionalitätsvorschriften für Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums gelten, wenn der oder die Begünstigte auch flächenbezogene Zahlungen im Rahmen des Strategieplans für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) erhält.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13630-Programme-zur-Entwicklung-des-landlichen-Raums-Kontrolle-der-Einhaltung-der-Voraussetzungen-fur-die-Gewahrung-flachenbezogener-Zahlungen_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13630-<u>Programme-zur-Entwicklung-des-landlichen-Raums-Kontrolle-der-Einhaltung-der-Voraussetzungen-fur-die-Gewahrung-flachenbezogener-Zahlungen_de</u>)

Kommission; Konsultation zu Tierseuchen – Anpassungen der Rechtsvorschriften in Bezug auf das Verfütterungsverbot, die Ausfuhr von Düngemitteln sowie den Handel mit und die Einfuhr von Ziegen

Die Kommission stellt vom 02.12.2022 – 30.12.2022 eine Initiativen zu Tierseuchen zur Konsultation. Bei transmissiblen spongiformen Enzephalopathien (TSE) handelt es sich um eine Gruppe neurodegenerativer Erkrankungen, die Mensch und Tier betreffen. Ziel dieser Initiative ist die Anpassung der TSE-Rechtsvorschriften vor allem im Hinblick auf die Einbindung des Konzepts „Endpunkt“ für organische Düngemittel/ Bodenverbesserungsmittel, das im Rahmen der Rechtsvorschriften über tierische Nebenprodukte entwickelt wurde und die umfassende Angleichung der Handels- und Einfuhrvorschriften in Bezug auf Ziegen, die eine genetische Resistenz gegen Scrapie aufweisen, an die Handels- und Einfuhrvorschriften, die für resistente Schafe gelten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13548-Tierseuchen-Anpassungen-der-TSE-Rechtsvorschriften-in-Bezug-auf-das-Verfutterungsverbot-die-Ausfuhr-von-Dungemitteln-sowie-den-Handel-mit-und-die-Einfuhr-von-Ziegen_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13548-<u>Tierseuchen-Anpassungen-der-TSE-Rechtsvorschriften-in-Bezug-auf-das-Verfutterungsverbot-die-Ausfuhr-von-Dungemitteln-sowie-den-Handel-mit-und-die-Einfuhr-von-Ziegen_de</u>)

Kommission; Konsultation zum Verbot der Verwendung bestimmter antimikrobieller Mittel bei Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs bei der Einfuhr in die EU

Die Kommission stellt vom 06.12.2022-03.01.2023 einen Entwurf einer delegierten Verordnung zu dem Verbot der Verwendung bestimmter antimikrobieller Mittel bei Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs bei der Einfuhr zur Konsultation. Eines der Hauptziele der Verordnung ist es, das Risiko der Entwicklung von Antibiotikaresistenzen zu verringern, u. a. durch eine umsichtige Verwendung antimikrobieller Arzneimittel. Unter anderem verbietet die Verordnung die Verwendung von antimikrobiellen Arzneimitteln zur Wachstumsförderung und Ertragssteigerung, und sie verbietet die Verwendung von Arzneimitteln bei Tieren, die antimikrobielle Mittel enthalten, die der Behandlung von Infektionen beim Menschen vorbehalten sind.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13667-Ban-on-the-use-of-certain-antimicrobials-in-animals-and-products-of-animal-origin-imported-to-the-Union_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13667-<u>Ban-on-the-use-of-certain-antimicrobials-in-animals-and-products-of-animal-origin-imported-to-the-Union_de</u>)

Kommission; Konsultation zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen – Änderungen bestimmter technischer Vorschriften für die Verwaltung von Zollkontingenten

Die Kommission stellt vom 06.12.2022-03.01.2023 einen Entwurf einer delegierten Verordnung zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Konsultation. Mit dieser Initiative werden einige technische Änderungen an der Verordnung (EU) 2020/761 vorgenommen, um die Vorschriften für die Verwaltung der Zollkontingente zu präzisieren. Außerdem wird geändert, wie die Vorschriften für die Referenzmenge und die Registrierung auf die Verwaltung einiger Zollkontingente angewandt werden.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13642-Handel-mit-landwirtschaftlichen-Erzeugnissen-Anderungen-bestimmter-technischer-Vorschriften-fur-die-Verwaltung-von-Zollkontingenten_de

Kommission; Konsultation Ökologische/biologische Salze

Die Kommission stellt vom 07.12.2022-04.01.2023 den Entwurf einer delegierten Verordnung zu ökologischen Salzen und ihrer Erzeugung zur Konsultation. Mit dieser Verordnung werden detaillierte Erzeugungsvorschriften für ökologisches/biologisches Meersalz und andere Salze für Lebens- und Futtermittel eingeführt.
https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13372-Okologische-biologische-Salze-detaillierte-Erzeugungsverfahren-neue-Vorschriften_de

Kommission; Lebensmittelsicherheit: Kommission erlässt neue Vorschriften zum Schutz vor gefährlichen Kontaminanten in Lebensmitteln

Die Kommission hat am 07.12.2022 neue Vorschriften zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Chemikalien erlassen, die negative Auswirkungen auf das Immunsystem, die Entwicklung von Föten und Babys oder den Cholesterinspiegel haben können. Die neuen Vorschriften begrenzen den Gehalt von vier Umweltchemikalien, perfluoralkylierten Substanzen (PFAS), in Lebensmitteln. Sie werden die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU schützen, indem sie ihre Exposition gegenüber diesen schädlichen Chemikalien verringern. Perfluoralkylierte Stoffe (PFAS) sind eine große Gruppe fluorierter Verbindungen, die in großem Umfang in Industrie- und Verbraucheranwendungen eingesetzt werden. Ihre weit verbreitete Verwendung und ihre Langlebigkeit in der Umwelt haben zu einer erheblichen Umweltverschmutzung geführt. Die neuen Vorschriften werden ab dem 01.01.2023 gelten.
https://food.ec.europa.eu/safety/chemical-safety/contaminants/catalogue/pfas_en

Justiz

Rat; EP; Politische Einigung beim E-Evidence-Paket

Der Rat und das EP haben am 29.11.2022 eine vorläufige Einigung über die Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs zu Beweismitteln im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen erzielt. Durch Einführung einer Europäischen Herausgabeanordnung sollen Justizbehörden eines Mitgliedstaats (MS) elektronische Beweismittel über ein dezentrales IT-System direkt von einem Dienstanbieter in einem anderen Mitgliedstaat anfordern können, der innerhalb von zehn Tagen bzw. in Notfällen binnen acht Stunden reagieren muss. Eine Europäische Sicherungsanordnung soll verhindern, dass Daten gelöscht werden, sodass die Justizbehörden eines MS einen Dienstanbieter in einem anderen MS verpflichten

können, bestimmte Daten zu speichern, und diese Daten zu einem späteren Zeitpunkt anfordern können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7246

Kommission; Kohäsionsmittel für HUN sollen gekürzt werden

Die Kommission hat HUN am 30.11.2022 eine Bewertung im Rahmen der Konditionalitätsregelung zum Schutz des EU-Haushalts vorgelegt. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass HUN, trotz Reformbemühungen, zentrale Aspekte der erforderlichen 17 Abhilfemaßnahmen nicht wie vereinbart bis zum 19.11.2022 angemessen umgesetzt habe. Daher hält die Kommission nun an ihrem ursprünglichen Vorschlag vom 18.09.2022 fest, und empfiehlt dem Rat, drei operationelle Programme im Rahmen der Kohäsionspolitik und 65% der Mittelbindungen in Höhe von 7,5 Mrd. EUR auszusetzen. Ebenfalls ausgesetzt werden sollen die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF): Mit Blick auf die Behebung der Verstöße, die den EU-Haushalt gefährden, habe sich HUN im Aufbau- und Resilienzplan neben den 17 Abhilfemaßnahmen zu weiteren Reformen der Rechtsstaatlichkeit im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Justiz verpflichtet, die zusammen ein klar festgelegtes Paket von 27 „Super-Etappenzielen“ bilden. Solange HUN diese 27 „Super-Etappenziele“ nicht vollständig und ordnungsgemäß erreicht habe, seien auch keine Zahlungen aus dem ARF möglich, so die Kommission. Der Rat kann nun bis zum 19.12.2022 darüber abstimmen, wobei die Aussetzung der Mittel ein Votum mit qualifizierter Mehrheit erfordert (15 Mitgliedstaaten mit 65% der EU-Bevölkerung).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7273

Rat; Beschluss über die Feststellung des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen als EU-Straftatbestand

Die Kommission hat am 02.12.2022 einen Richtlinienvorschlag zur Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstößen gegen restriktive Maßnahmen der Union angenommen. Die Vorlage dieses Richtlinienvorschlags war erwartet worden, nachdem der Rat kurz zuvor am 28.11.2022 einstimmig den Beschluss angenommen hatte, Sanktionsverstöße in die Liste der EU-Straftaten in Art. 83 Abs. 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufzunehmen. Dadurch war die Kommission nun befugt, in einem zweiten Schritt den Richtlinienvorschlag zur Harmonisierung der Straftaten und Strafen bei Sanktionsverstößen vorzulegen. Dadurch sollen rechtliche Schlupflöcher aufgrund bestehender unterschiedlicher Regelungen in den Mitgliedstaaten (MS) geschlossen sowie die abschreckende Wirkung von Verstößen gegen EU-Sanktionen erhöht werden. Anderenfalls bestehe u.a. die Gefahr eines sog. „Forum Shoppings“, bei dem die sanktionierten Personen in den MS mit dem geringsten Risiko einer Strafverfolgung oder niedrigsten möglichen Strafe die Verstöße begehen. Hintergrund ist vor allem der Wunsch nach einer effektiven Durchsetzung der im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verhängten Sanktionen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7371

EuGH; Generalanwalt: Aussetzung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls soll bei schwerwiegender Gefahr für Gesundheit möglich sein

Der Generalanwalt am EuGH Sánchez-Bordona hat am 01.12.2022 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-699/21 vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass es bei einer schwerwiegenden Gefahr für die Gesundheit der gesuchten Person gerechtfertigt sein könne, die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls auszusetzen. Allerdings könne seine Vollstreckung nicht ohne Weiteres abgelehnt werden. Anstatt im Wege der Rechtsprechung die Vollstreckungsablehnungsgründe zu erweitern, befürwortet der Generalanwalt daher,

auf das Instrumentarium zurückzugreifen, das der Rahmenbeschluss selbst zur Verfügung stellt: Indem er vorsehe, dass die Übergabe der gesuchten Person aus schwerwiegenden humanitären Gründen ausnahmsweise ausgesetzt werden könne, etwa wenn dieser Person eine Gefährdung für Leib oder Leben drohe (Art. 23 Abs. 4). Die Schlussanträge sind für den EuGH nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=269424&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=128768>

EuGH; Keine Meldepflicht von Rechtsanwalt bei aggressiver Steuerplanung des Mandanten

Der EuGH hat am 08.12.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-694/20 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass eine in der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung vorgesehene Verpflichtung des Rechtsanwalts, die anderen beteiligten Intermediäre zu informieren, im Rahmen der staatlichen Bekämpfung einer aggressiven Steuerplanung unionsrechtswidrig ist. Der EuGH begründet dies damit, dass eine solche Meldepflicht das Recht des Rechtsanwalts auf Achtung der Kommunikation mit seinem Mandanten verletzte. Alle anderen an einer solchen Planung beteiligten Intermediäre unterlägen hingegen, wie der Steuerpflichtige selbst, dieser Meldepflicht, wodurch garantiert werden könne, dass die Steuerverwaltung informiert sei. Im zugrundeliegenden Verfahren hatten sich zwei Berufsverbände für Rechtsanwälte an den belgischen Verfassungsgerichtshof gewandt. Ihrer Ansicht nach ist es unmöglich, der Verpflichtung zur Unterrichtung der anderen Intermediäre nachzukommen, ohne das Berufsgeheimnis zu verletzen, an das die Rechtsanwälte gebunden sind. Der belgische Verfassungsgerichtshof hat den Sachverhalt daraufhin im Wege eines Vorabentscheidungsersuchens dem EuGH vorgelegt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=D7DF50AF820C4358C44BA44760CCFF34?text=&docid=269982&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=128511>

I n n e r e s

Kommission; Start der Konsultation zu neuen Vorschriften für Chemikalien mit hohem Risiko

Die Kommission führt bis zum 15.12.2022 eine Sondierung zu einem Vorschlag für eine Verordnung zum Thema Terrorismusprävention durch. Mit dieser Initiative werden Vorschriften für das Inverkehrbringen und den Einsatz von Chemikalien mit hohem Risiko festgelegt. Durch das neue Regelwerk soll der Erwerb gefährlicher Chemikalien durch Terroristen und andere potentielle Straftäter verhindert werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13426-Terrorismuspravention-neue-Vorschriften-fur-das-Inverkehrbringen-und-den-Einsatz-von-Chemikalien-mit-hohem-Risiko_de

Rat; NIS-2-Richtlinie verabschiedet

Der Rat hat am 28.11.2022 die Neufassung der Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (NIS 2) angenommen. Die neuen Vorschriften zielen darauf ab, das Cybersicherheitsniveau in der gesamten EU zu erhöhen. Konkret werden u.a. Risikomanagementmaßnahmen und Meldepflichten im Bereich Cybersicherheit für nahezu alle Sektoren statuiert. Ausgenommen vom Anwendungsbereich von NIS 2 sind lediglich Einrichtungen, die in den Bereichen Verteidigung, nationale und öffentliche Sicherheit sowie Strafverfolgung tätig sind sowie Justiz, Parlamente und

Zentralbanken. Gelten wird die Richtlinie mithin auch für die öffentliche Verwaltung auf zentraler und regionaler Ebene. Auf fakultativer Basis können die Mitgliedstaaten (MS) zudem die Anwendung bis auf die lokale Verwaltung ausdehnen. Mit NIS 2 wird schließlich auch ein Europäisches Netzwerk der Verbindungsorganisationen (EU-CyLONE) offiziell institutionalisiert. EU-CyLONE soll dann bei massiven Cybersicherheitsvorfällen unterstützen und das Krisenmanagement koordinieren. Die MS müssen die Vorschriften der Richtlinie innerhalb von 21 Monaten nach ihrem Inkrafttreten in nationales Recht umsetzen.

https://www.consilium.europa.eu/media/60338/st-10193-2022-init_x.pdf

Europol; Operation gegen Raubkopie-Websites

Am 28.11.2022 hat das Europäische Polizeiamt (Europol) mitgeteilt, dass Strafverfolgungsbehörden aus 27 Ländern (Albanien, BEL, Brasilien, BUL, CZR, DNK, ESP, FRA, Georgien, GRI, Großbritannien, HUN, IRL, ITL, Kolumbien, Kosovo, KRO, LIT, Moldawien, Montenegro, MTA, Nord-Mazedonien, PTL, ROM, Schweiz, SLO, USA) an einer von Europol koordinierten Operation zur Löschung von Websites, auf denen gefälschte Waren oder Raubkopien angeboten wurden, teilnahmen. Im Rahmen der wiederkehrenden Operation werden Websites, die eine Vielzahl illegaler Inhalte hosten, untersucht und gesperrt. Auf diese Weise soll ein Beitrag zum Schutz geistigen Eigentums an Marken sowie an urheberrechtlich geschützten Inhalten geleistet werden. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Ermittlerinnen und Ermittler gehört u.a. auch der Befund, dass innerhalb der EU mehr gefälschte Produkte hergestellt werden und dass Straftaten gegen das geistigen Eigentum oft eng mit schwerer und organisierter Kriminalität verflochten sind.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/international-operation-shuts-down-websites-offering-counterfeit-goods-and-pirated-content>

Europol; Zerschlagung eines europäischen Superkartells in sechs Ländern

Das Europäische Polizeiamt (Europol) teilte am 28.11.2022 mit, dass zwischen dem 08. und 19.11.2022 in Europa und den Vereinigten Arabischen Emiraten Razzien im Zuge der Bekämpfung illegalen Drogenhandels durchgeführt wurden. Hauptziele der Operation waren laut Europol die Zerschlagung von Kommando- und Kontrollstrukturen sowie die Zerstörung der logistischen Infrastruktur für Drogenhandel. Insgesamt habe man 49 Verdächtige festgenommen. Einige von Europol als hochrangig eingestufte Ziele hätten sich zu einem sog. Superkartell zusammengeschlossen, das rund ein Drittel des Kokainhandels in Europa kontrolliere. Konkret unterstützte Europol die Durchführung paralleler Ermittlungen in ESP, FRA, BEL, NDL und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es gab bekannt, dass im Laufe der Ermittlungen über 30 Tonnen Drogen von den Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmt wurden.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/heat-rising-european-super-cartel-taken-down-in-six-countries>

Eurostat; Zahl der Erst-Asylanträge steigt

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat am 25.11.2022 Zahlen zu in der EU im August dieses Jahres gestellten Asylerst- und Folgeanträgen veröffentlicht. Im August 2022 suchten demnach insgesamt 77.595 Erstantragsteller (hiervon allein 4.460 Anträge von unbegleiteten Minderjährigen) in den Mitgliedstaaten um Asyl nach. Das seien 11.050 mehr Menschen als im Vormonat, was einem Anstieg von 17% entspräche. Im Vergleich zu August letzten Jahres sei die Gesamtzahl der Anträge sogar um 54% gestiegen. Anders die Entwicklung bei den Folgeanträgen – von einem Folgeantrag spricht man nach zwischenzeitlicher Rücknahme des Erstantrags und dann erfolgter erneuter Antragstellung – wo es mit insgesamt 6.100

Anträgen im August nur ein leichtes Plus von 4% (240) ggü. dem Vormonat gegeben habe. Im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr sei sogar ein Rückgang von 11% zu verzeichnen. Die größte Gruppe von Asylsuchenden komme aus Syrien (11.860 Erstantragsteller), gefolgt von Afghanistan (10.675), Indien (4.170), der Türkei (4.105) und Venezuela (3.565). Die Zahl der ukrainischen Asylantragsteller ist – nicht zuletzt aufgrund der Richtlinie über den temporären Schutz – weiter zurückgegangen (915 im August 2022). Mit dem August dieses Jahres ist DEU nach den Eurostat-Zahlen nunmehr der Mitgliedstaat mit den meisten Asylerstantragstellern in der EU. Im August 2022 wurden in DEU 22% (16.950) der Erstanträge gestellt, gefolgt von AUT (14.030, 18%), FRA (11.900, 15%), ESP (8.650, 11%) und ITL (5.985, 8%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20221125-1>

Frontex; Beratungsgremium für Grundrechte zu ETIAS

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 28.11.2022 mitgeteilt, dass man ein Gremium zur Gewährleistung des Grundrechtsschutzes bei Betrieb des neuen Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) geschaffen hat. Konkret soll das Beratungsgremium regelmäßige Evaluierungen durchführen sowie Empfehlungen in Bezug auf Privatsphäre, Datenschutz und Nichtdiskriminierung im Rahmen des Einsatzes von ETIAS unterbreiten. Das Gremium setzt sich aus Vertretern des Grundrechtsbeauftragten von Frontex, des Beratungsforums für Grundrechte von Frontex, des Europäischen Datenschutzbeauftragten, des Europäischen Datenschutzausschusses und der Agentur der EU für Grundrechte zusammen. Diese Zusammensetzung ist in der ETIAS-Verordnung so festgelegt.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/fundamental-rights-guidance-board-to-etias-started-its-work-INiaZ6>

Rat; KOM; Einigung auf Richtlinie zur Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden

Wie der Rat am 29.11.2022 mitteilte, haben die CZE-Ratspräsidentschaft und das EP eine vorläufige politische Einigung bzgl. der Richtlinie zum Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden erzielt. Mit dem Legislativvorhaben soll erreicht werden, dass die (mitgliedstaatlichen) Strafverfolgungsbehörden den gleichen Zugang zu Informationen haben, die in anderen Mitgliedstaaten (MS) verfügbar sind. Zu diesem Zweck sollen die MS u.a. einen Single-Point-of-Contact einrichten, der rd. um die Uhr für den Informationsaustausch zur Verfügung stehen soll. Einzelfallabhängig sollen auch Kopien der Informationen an das Europäische Polizeiamt (Europol) übermittelt werden. Schließlich ist vorgesehen, dass der von Europol verwaltete Kommunikationskanal (Secure Information Exchange Network Application – SIENA) zum EU-weiten Standardkommunikationskanal werden soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/11/29/police-cooperation-council-presidency-and-european-parliament-agree-on-a-directive-to-improve-information-exchange-between-law-enforcement-authorities/>

Rat; Verhandlungsmandat für visumfreie Reisen mit kosovarischen Pässen

Am 30.11.2022 haben sich die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten auf das Verhandlungsmandat des Rates für eine Verordnung über den visumfreien Reiseverkehr für Inhaberinnen und Inhaber von durch den Kosovo ausgestellten Reisepässen verständigt. Auf dieser Grundlage wird der CZR-Ratsvorsitz nun in die Trilogverhandlungen mit dem EP einsteigen. Im Legislativvorschlag ist vorgesehen, dass es Inhaberinnen und Inhabern kosovarischer Pässe möglich sein soll, für einen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen ohne Visum in die EU zu reisen. Nach Wunsch des Rates soll die Befreiung von der Visumpflicht

ab Beginn der Inbetriebnahme des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und in jedem Fall spätestens ab dem 01.01.2024 gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/11/30/kosovo-council-agrees-negotiating-mandate-on-visa-free-travel/>

Kommission; Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten zum Thema Migrationsrouten

Im Vorfeld des EU-Westbalkan-Gipfels am 06.12.2022 und dem Ministerrat „Justiz und Inneres“ am 08.12.2022 hat die Kommission am 05.12.2022 einen EU-Aktionsplan für die Bewältigung des Migrationsdrucks auf der Westbalkanroute vorgelegt. Der Aktionsplan basiert im Wesentlichen auf folgenden fünf Säulen: Verstärkung und Verbesserung des Grenzmanagements entlang der Route (die westlichen Balkanländer werden aufgefordert, in dieser Hinsicht enger mit Frontex zusammenzuarbeiten); Sicherstellung eines raschen Zugangs zu Asyleinrichtungen und Unterstützung der Aufnahmekapazitäten in den Westbalkan-Ländern; Bekämpfung der Schleusung von Migranten: Dies soll v.a. in Umsetzung der beim EU-Westbalkan-JI-Treffen am 03.11.2022 vereinbarten operativen Partnerschaft zur Bekämpfung des Menschen Schmuggels geschehen. Dabei soll auch die Rolle von Europol gestärkt werden; Sicherstellung der Einhaltung der Rückübernahme- und Rückführungsabkommen durch Drittländer sowie Angleichung der Visumpolitik: Insbesondere gegenüber Serbien soll die Erwartungshaltung formuliert werden, seine Visapolitik in Bezug auf Drittländer an die der EU anzugleichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7447

Bildung und Kultur

Rat; Kultur; Arbeitsplan Kultur 2023-2025

Unter tschechischer Ratspräsidentschaft kamen am 28./29.11.2022 die für Bildung, Jugend, Kultur und Sport zuständigen Ministerinnen und Minister in Brüssel zusammen. In diesem Rahmen wurde der EU-Arbeitsplan für Kultur verabschiedet, der für die Jahre 2023-2026 gelten soll. Der Arbeitsplan sieht konkrete Maßnahmen für die EU-Kulturpolitik im zweiten Drittel der Förderperiode 2021-2027 vor. Der Arbeitsplan wird somit auch die EU-Förderpolitik prägen. Übergeordnete Themen sind: Unterstützung der Kunst- und Kulturschaffenden, Erhöhung der Bedeutung von Kultur in der Gesellschaft und die Kultur in den Außenbeziehungen der EU. Zudem wird die Stärkung der Resilienz der Kultur gegen Krisen und den Klimawandel sowie die Unterstützung und der Wiederaufbau des ukrainischen Kultursektors genannt. Ein weiteres wichtiges Thema ist u.a. die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern. Auf Initiative von DEU umfassen die vorgesehenen Maßnahmen u.a. auch den Bereich der öffentlichen Bibliotheken. Die deutsche Delegation griff abschließend auch das Thema „Kultureinrichtungen in Zeiten der Energiekrise“ auf und regte einen intensiven Austausch zwischen den Mitgliedstaaten auf politischer und operativer Ebene an. Ziel solle es sein, Kultureinrichtungen bestmöglich dabei zu unterstützen, ihren kulturellen und sozialen Auftrag auch in der Energiekrise erfüllen zu können und ihre Resilienz zu stärken. AUT, IRL, POL und GRI unterstützen explizit diesen Vorschlag von DEU.

<https://www.consilium.europa.eu/media/60399/st15381-en22.pdf>

Rat; Kultur; Unterstützung der Ukraine

In der Sitzung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport am 28./29.11.2022 hielten die für Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister auch eine Orientierungsaussprache, die sich mit dem brutalen Angriffskrieg des russischen Regimes auf die Ukraine befasste. Im Hinblick auf das Kulturerbe der Ukraine ging der eingeladene ukrainische Kulturminister, Oleksandr Tkatschenko, auf die negativen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges ein. In der anschließenden Tischrunde verurteilten alle Delegationen die russische Aggression gegen die Ukraine auf das Schärfste und bekundeten ihre uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine im Allgemeinen sowie mit den ukrainischen Kunst-, Medien- und Kulturschaffenden im Besonderen. Der Krieg sei auch ein Angriff auf die Identität und Kultur der Ukraine, bekräftigten die Ratsdelegationen ihren Beschluss von März 2022. Eine besondere Bedeutung komme den freien Medien zu, die auf technischer und finanzieller Ebene umfassend gefördert werden müssten. Thematisiert wurde insbesondere auch der Aspekt der russischen Propaganda und Desinformation. „Die Zerstörung und Plünderung der ukrainischen Museen und des ukrainischen kulturellen Erbes kann uns nicht gleichgültig lassen. Angesichts der russischen Aggression stehen die EU-Kulturministerinnen und –minister solidarisch an der Seite des ukrainischen Kultursektors“, fasste der tschechische Kulturminister Martin Baxa die Aussprache zusammen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2022/11/28-29/>

Rat; Kultur; Forschung; Innovation; neue Wissensgemeinschaft

Im Rahmen der Sitzung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport berichtete die zuständige Kommissarin Mariya Gabriel den Ratsdelegationen über die Einrichtung der neuen Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) für Kultur und Kreativität des EIT (Europäischen Instituts für Innovation und Technologie). Das EIT ist ein fester Bestandteil der innovations- und anwendungsorientierten Säule des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa. Die neu geschaffene Wissensgemeinschaft zu Kultur und Kreativität (KIC CCSI) ist eine mehrerer themenbasierter Innovationspartnerschaften, die in der Regel aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen bestehen und die mit Unterstützung des EIT gemeinsam innovative Projekte in dem jeweiligen Bereich voranbringen. Es bestehen bereits acht solcher KICs, u. a. zu den Themen Klimawandel, Gesundheit und Digitalisierung. Mit der jetzt auf den Weg gebrachten neunten KIC will die EU ein europäisches Innovationsökosystem auf der Basis von Kultur und Kreativität schaffen und das Innovationspotenzial des Kultur- und Kreativsektors freisetzen. Hierfür wurde ein Konsortium aus 50 Partnern aus 20 Ländern ausgewählt, das von der Fraunhofer Gesellschaft geleitet wird. Ziele des Konsortiums sind u.a., die Zersplitterung der Innovationslandschaft zu reduzieren, talentierte Köpfe zu fördern und die Gründung von innovativen Unternehmen voranzutreiben. Als nächster Schritt wird nunmehr der rechtliche Rahmen für die KIC geschaffen und die inneren Verwaltungsstrukturen aufgebaut, bevor das KIC Fördermöglichkeiten ausschreiben wird. Der Sitz der KIC CCSI wird in Köln sein.

<https://eit.europa.eu/news-events/news/eit-culture-creativity-open-business-new-cologne-hq>

Rat; Sitzung des Rats für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Am 28.11.2022 tagte in Brüssel der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport – Teil Bildung. Die Bildungsministerinnen und Bildungsminister nahmen eine Empfehlung über Wege zum schulischen Erfolg an. Darin wird den Mitgliedstaaten (MS) empfohlen, bis 2025 eine integrierte und umfassende Strategie für den schulischen Erfolg zu entwickeln, um u.a. die Auswirkungen des sozioökonomischen Status auf

Bildungsergebnisse zu minimieren, die Inklusion auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung zu fördern, frühe Abgänge von der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie unterdurchschnittliche Leistungen bei den Grundkompetenzen weiter zu verringern. Ferner nahm der Rat Schlussfolgerungen über die Förderung des Wohlergehens in der digitalen Bildung an. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Einsatzes digitaler Medien im Unterricht unterstreichen die MS darin die Notwendigkeit für die nationalen Bildungssysteme, das notwendige Wissen für ein verantwortliches Handeln in der digitalen Welt zu vermitteln und gleichzeitig ein Augenmerk auf die physische, kognitive, soziale und emotionale Zufriedenheit bei Lehrenden und Lernenden zu legen. Ziel müsse es sein, dass alle Menschen sich positiv in digitalen Lernumgebungen bewegen können. Auf der Tagesordnung stand darüber hinaus eine Orientierungsaussprache zum Thema „Der Europäische Bildungsraum in Zeiten der Aggression Russlands gegen die Ukraine“, die u.a. durch Berichte der Kommission über den Europäischen Bildungsraum, über den Start des „Learning Laboratory“ für Investitionen in eine qualitativ hochwertige allgemeine und berufliche Bildung, über die „Deep Tech Talent Initiative“ sowie über Leitlinien zur Bekämpfung von Desinformation und zur Förderung der digitalen Kompetenzen ergänzt wurde. Hinzu kam ein Informationspunkt der zypriotischen Delegation über das Treffen der Bildungsministerinnen und Bildungsminister zum Thema „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ auf der 9. Ministeriellen Konferenz „Umwelt für Europa“ vom 05.-07.10.2022 in Nikosia. Schließlich informierte die schwedische Delegation über das Arbeitsprogramm der kommenden Ratspräsidentschaft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2022/11/28-29/>

Information, Kommunikation und Medien

Rat; Fortschrittsbericht zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz

Der Rat der für Kultur und Medien zuständigen Minister und Ministerinnen hat am 29.11.2022 einen Fortschrittsbericht des CZR-Vorsitzes zu den Beratungen über den Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz (EMFA) zur Kenntnis genommen. Der Fortschrittsbericht erläutert, dass „eine große Zahl von Mitgliedstaaten“ die allgemeinen Ziele des EMFA unterstütze, dass aber eine weitere Prüfung einzelner Artikel erforderlich sei. Die Ratsarbeitsgruppe habe alle materiell-rechtlichen Bestimmungen des Vorschlags in einem ersten Durchgang beraten; dabei bestünden nach wie vor zahlreiche Prüfungsvorbehalte. Schwerpunkte der Diskussion seien insbesondere die Rechtsgrundlage, das Verhältnis zu anderen EU-Rechtsakten, das Mindestmaß an Harmonisierung, die redaktionelle Unabhängigkeit und das neue Europäische Gremium für Mediendienste. In der kurzen öffentlichen Aussprache haben für DEU Staatsministerin Claudia Roth und Staatssekretärin Heike Raab, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und Medien, das Wort ergriffen. StM'in Roth erklärte die Ziele des EMFA für „sehr unterstützenswert“. DEU sehe beim EMFA „an einigen Stellen“ noch „Anpassungs- und Klärungsbedarf“. StS'in Raab warb um Verständnis für die föderale, staatsferne Medienordnung in DEU. Die Länder werden die Diskussion, so StS'in Raab, mit konstruktiven Vorschlägen vorantreiben. Die Beratungen über den EMFA werden im Rat auf Arbeitsebene fortgesetzt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2022/11/28-29/>

Kommission; Sechs neue Hubs zur Bekämpfung von Desinformation

Am 01.12.2022 hat die Kommission die Einrichtung von sechs neuen Hubs zur Bekämpfung von Desinformation angekündigt. Dazu gehört u.a. das neue German-

Austrian Digital Media Observatory (GADMO). Es besteht aus der Deutschen Presseagentur, der Agence France Presse, der Austria Presse Agentur und dem Recherche-Netzwerk Correctiv. GADMO stellt somit den größten Zusammenschluss von Faktenprüfungs-Teams im deutschsprachigen Raum dar und wird u.a. durch Forschende der Technischen Universität Dortmund unterstützt. Die neuen Hubs sollen ab Anfang 2023 einsatzbereit sein und ergänzen das bereits seit 2021 bestehende Netzwerk aus acht Koordinierungsstellen. Damit werden künftig alle Mitgliedstaaten abgedeckt sein. Die Hubs sind Teil der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), einer unabhängigen Plattform für Faktenprüfer, Medienschaffende und andere Interessenträger. Für die angekündigten Hubs werden insgesamt rund acht Mio. EUR aus dem Programm „Digitales Europa“ bereitgestellt.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/hubs-european-digital-media-observatory-now-extend-whole-eu27>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Vorschläge für das Programm „Erasmus+“ für das Jahr 2023 gesucht

Am 23.11.2022 hat die Kommission zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Erasmus+ im Jahr 2023 aufgefordert. Projekte zur Förderung der Mobilität von Schülern, Studierenden, Menschen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, erwachsenen Lernenden, jungen Menschen in nicht-formalen Lernprogrammen, Erziehungs- und sonstigem Personal sowie erstmals auch Sportlehrer sollen im kommenden Jahr mit einem Jahresbudget in Höhe von 4,2 Mrd. EUR gefördert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7075

Kommission; Aufruf zur Bewerbung von Freiwilligenaktivitäten für das Europäische Solidaritätskorps

Die Kommission sucht im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps Projekte, bei denen sich junge Menschen engagieren können. Gesucht werden Freiwilligenaktivitäten, von jungen Menschen geleitete Solidaritätsprojekte und Freiwilligenteams, deren Schwerpunkte im Bereich „Hilfe für Geflüchtete“ oder im Bereich des Gesundheitswesens liegen. Die Projekte werden mit insgesamt 142 Mio. EUR gefördert. Vorschläge können online gemacht werden. Aufbauend auf dem Europäischen Jahr der Jugend soll das „Europäische Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe“ dazu beitragen, die Solidarität zwischen Organisationen und Freiwilligen aus den EU-Mitgliedstaaten und aus den mit dem Programm assoziierten Drittländern (Island, Liechtenstein, Nordmazedonien und Türkei) zu entwickeln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7100

Europäischer Forschungsrat vergibt Zuschüsse in Höhe von 636 Mio. EUR

408 Forscher haben die diesjährigen sog. Starting Grants (Startgeld) des Europäischen Forschungsrats (ERC) erhalten. Die Förderung beläuft sich auf insgesamt 636 Mio. EUR und ist Teil des Programms „Horizon Europe“. Die Hilfe wird exzellenten jüngeren Wissenschaftlern, die nach ihrer Promotion zwei bis sieben Jahre Erfahrung gesammelt haben, helfen, eigene Projekte zu starten. Die Preisträger dieses Stipendienwettbewerbs schlugen vor, ihre Projekte an Universitäten und Forschungszentren in 26 Ländern Europas durchzuführen; DEU ist mit 81 Projekten beteiligt, 70 Forscher aus DEU gehören zu den Preisträgern.

<https://erc.europa.eu/news-events/news/starting-grants-2022-call-results>

Veranstaltungen

Treffen der Spitze des Deutschen Landkreistages mit MdEP

Im Rahmen einer Delegationsreise der Verbandsspitze des Deutschen Landkreistages fand am 28.11.2022 auf Einladung der Hessischen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein Treffen mit MdEP statt. Das Treffen wurde organisiert von der Landesvertretung und von Frau Tanja Struve, Büroleiterin des Deutschen Landkreistages in Brüssel. Die Verbandsspitze um Präsident Rainhard Sager (Landkreis Ostholstein) und die Vizepräsidenten Wolfgang Dilger (Lahn-Dill-Kreis), Joachim Walter (Landkreis Tübingen) und Sven Ambrosy (Landkreis Friesland) sowie als Mitglieder des AdR auch die Landräte Dr. Christoph Schaudigel (Landkreis Karlsruhe) und Thomas Habermann (Landkreis Rhön-Grabfeld) diskutierten mit MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) über die Zukunft der Sparkassen und Genossenschaften in der europäischen Finanzarchitektur sowie mit MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU) u.a. über die Auswirkungen des Green-Deals für die lokalen Verwaltungsebenen.

Gespräche von Europaministerin Puttrich in Brüssel

Am 29.11.2022 führte die Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich eine Reihe von politischen Gesprächen in Brüssel. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Patricia Reilly, Kabinettschefin der für EU-Finanzdienstleistungspolitik zuständigen EU-Kommissarin Mairead McGuinness stand die Bewerbung Frankfurts als Sitz für die neue Antigeldwäscheagentur (AMLA). Ferner wurden aktuelle Fragen der EU-Banken- und Finanzdienstleistungspolitik erörtert. Mit MdEP Marcus Ferber (EVP/DEU), EVP-Koordinator im EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) besprach Ministerin Puttrich die Entscheidungsverfahren im EP hinsichtlich der Sitzplatzfrage für die AMLA. Ferner erörterte die Ministerin Fragen zu Basel III und zu Sustainable Finance (Taxonomie). Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Fraport-AG Dr. Stefan Schulte führte Ministerin Puttrich einen Gedankenaustausch mit an der EU-Luftverkehrspolitik interessierten MdEP verschiedener Fraktionen aus DEU, GRI und BUL zu den Herausforderungen für die europäische Luftverkehrspolitik. Dabei wurden insbesondere die Fragen der Auswirkungen der Umsetzung des Gesetzespakets zur Klimaneutralität Europas fitfor55 auf die Luftverkehrsbranche und die Flughäfen erörtert.

20 Jahre EUR – Zur Zukunft unseres Geldes

Am 29.11.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich die Veranstaltung „20 Jahre EUR – Zur Zukunft unseres Geldes“ statt. Ministerin Puttrich teilte die zwanzigjährige Geschichte des Euros in zwei Abschnitte. In den ersten zehn Jahren des Euros sei es um seine Einführung und um die Erweiterung des Euroraumes gegangen. Später sei die Währung kontinuierlich Krisen ausgesetzt gewesen. Mittlerweile sei der EUR nicht nur ein Zahlungsmittel, sondern ein Symbol für ein gemeinsames Europa. Im Anschluss diskutierten Hans Eichel, ehemaliger Bundesfinanzminister und ehemaliger Ministerpräsident Hessens, Prof. Dr. Johannes Beermann, Vorstandsmitglied der Bundesbank, Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Europaabgeordnete (Renew/DEU), und Gaspard Koenig, Essayist und Philosoph, Fragen rund um die Währungsunion und die Einführung eines digitalen Euros. Eichel kritisierte bei der Diskussion, dass man den mit der Gründung der Währungsunion auf europäischer Ebene begonnenen Einigungsprozess nicht fortgesetzt habe. Wenn man einen digitalen EUR einführe, müssten die Transaktionen nachvollziehbar sein, um Kriminalität zu bekämpfen. Beer führte aus, dass finanzielle Unterstützung aus EU-Mitteln nur gegen Reformzusagen

zu gewähren sei. Das Problem in der EU sei nicht zu wenig Geld, sondern die Verwendung des Geldes vor Ort. Zum digitalen EUR sagte sie, wenn er kontenabhängig sei, stelle er keinen Gewinn gegenüber dem Giralgeld dar. Es müsse ein digitales Portemonnaie geben, sodass man ohne Vermittler auch direkt an andere Personen zahlen könne. Koenig meinte daraufhin, eine Gesellschaft brauche rechtliche Grauzonen, um nicht autoritär zu werden. Daher müsse auch bei Einführung eines digitalen Euros eine komplette Transparenz der Zahlungsvorgänge verhindert werden. Beermann erklärte, in den USA gebe es derzeit keine Pläne für einen digitalen Dollar. Das sei eine Chance für den EUR, der sich so gegenüber dem Dollar behaupten könne.

Ministerpräsident Boris Rhein zu Gesprächen in Brüssel

Zentrales Anliegen des Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein bei seinem ersten Besuch als Hessischer Ministerpräsident in Brüssel am 30.11.2022 war bei seinen Gesprächen mit EU-Entscheidungsträgerinnen und –trägern für Frankfurt als Sitz der neuen EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA) zu werben. Ministerpräsident Rhein, der von der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und von Staatssekretär und Sprecher der Landesregierung Tobias Rösman begleitet wurde, traf unter anderem mit der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, dem Ständigen Vertreter Deutschlands bei der EU, Botschafter Michael Clauß sowie den MdEP der CDU/CSU-Gruppe im EP zusammen. Weitere Themen seiner Gespräche waren die Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, Fragen der EU-Energiesicherheit, die EU- Asyl- und Migrationspolitik sowie die EU-Klimapolitik und die digitale Transformation. Zahlreichen Hessinnen und Hessen in Brüssel folgten der Einladung des Ministerpräsidenten zum „Hessenempfang“ in die Hessische Landesvertretung. In seiner Ansprache betonte der Hessische Ministerpräsident das Konzept des Mehr-Regionen-Hauses in Brüssel, in dem neben der Landesvertretung Hessen auch die EU-Vertretungen der hessischen Partnerregionen Nouvelle-Aquitaine (FRA), Emilia Romagna (ITL) und der Wielkopolska (POL) ihren Sitz haben und zusammenarbeiten. Gemeinsam mit Verbündeten sei es erfolgreicher, die Interessen in den Brüsseler Entscheidungsprozess einzubringen – so der Ministerpräsident. Fragen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie, des Klimawandels bedürften einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung. Unter Hinweis auf den Zuwachs europakritischer Kräfte in zahlreichen nationalen Parlamentswahlen in die EU-Mitgliedstaaten betonte er die Notwendigkeit des Werbens für die EU-Politik und wies daraufhin, dass er als Innenminister, als Wissenschaftsminister und Landtagspräsident festgestellt habe, dass auf der EU-Ebene zwar Verständnis für die Regionen vorhanden sei, aber der Föderalismus und auch die spezifischen Kompetenzen, die ein Bundesland in DEU hat, erläutert werden müssen. Ihm gehe es darum, Europa aktiv mitzugestalten und die hessischen Interessen einzubringen. Deshalb gibt es auch in seinem Kabinett mit der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und Europastaatssekretär Uwe Becker, zwei Mitglieder, die regelmäßig vor Ort in Brüssel präsent sind. Dies gelte auch für die Hessische Landesvertretung, wie der Ministerpräsident bei seinem Zusammentreffen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesvertretung betonte.

Der EU Chips Act: wie wird er ein Erfolg?

Am 30.11.2022 fand in der hessischen Landesvertretung auf Einladung der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und von Kai Beckmann, Mitglied der Geschäftsleitung der Merck KGaA, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der EU Chips Act: wie wird er ein Erfolg?“ statt. Europastaatssekretär Uwe Becker betonte einleitend die Bedeutung der Halbleiter für

Hessen und seine Wirtschaft. So gäbe es sowohl in den vielen Rechenzentren als auch in der Pharmazeutischen- und Chemische Industrie einen zunehmenden Bedarf an Chips. Er verwies darauf, dass Hessen im Bereich des Netzausbaus mit Glasfaser 266 Mio. EUR im Landeshaushalt von 2020 bis 2024 zur Förderung bereitgestellt hat und auch in diesem Bereich ohne Chips nichts gehen würde. Laura Matz, Chief Technology Officer, Merck KGaA, zeigte auf, dass die Resilienz der Lieferketten von höchster Bedeutung sei. Denn nur durch diese könne sich eine europäische souveräne Halbleiterindustrie entwickeln, die nicht bei dem kleinsten Problem die Produktion einstellen muss. Jo de Boeck, Chief Strategy Officer und Exekutivvizepräsident von IMEC (Interuniversity Microelectronics Centre) mit Sitz in Löwen, ging in seinem Impuls vor allem auf die technischen Herausforderungen der Chipindustrie ein. Auf dem Podium, welches von Silke Wettach von der Wirtschaftswoche moderiert wurde, waren sich Marek Havrda, stellvertretender Minister für Europaangelegenheiten der Tschechischen Republik und Colette Maloney, Referatsleiterin Microelectronics and Photonics Industry der Kommission, sowie Jo de Boeck und Laura Matz einig, dass es zum Aufbau eines funktionierenden Ökosystems für Halbleiter innerhalb Europas, und der Notwendigkeit auf dem Weltmarkt mitspielen zu können, keine Alternative gebe. Für eine souveräne Halbleiterindustrie seien resiliente Lieferketten essentiell. Um die Lieferketten krisensicher zu machen und die Produktion nachhaltig zu gestalten, sei man auf große Investitionen angewiesen. Diese könnten direkt innerhalb der EU erfolgen, seien aber auch von außerhalb erwünscht. Darüber hinaus versuche man ein Bewusstsein für mögliche Risiken zu entwickeln. Zu den Risiken gehöre insbesondere der Fachkräftemangel. Vor dem Hintergrund setze man darauf, Nachwuchskräfte in- und außerhalb des Bildungssystems zu unterstützen. Das Panel war sich dahingehend einig, dass Zeit der wichtigste Faktor sei. Man müsse den Prozess vorantreiben, um schnellstmöglich die bevorstehenden Aufgaben zu bewältigen. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass die EU die nächste Generation der Chips verschlefe, denn die Umsetzung nehme viel Zeit in Anspruch. Im Vorfeld der Veranstaltung fand in der Vertretung des Landes Hessen ein Workshop von Merck zum EU-Chips Act statt, an dem u.a. ebenfalls der stellvertretende tschechische Minister für Europaangelegenheiten Marek Havrda teilgenommen hat.

Abschlusskonferenz „Momentum“ von Cybersec4Europe

Am 01.12.2022 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU die Abschlusskonferenz des europäischen Forschungskonsortiums CyberSec4Europe statt. Im Rahmen der Abendveranstaltung wurden ein Rückblick auf die Vergangenheit, eine Bestandsaufnahme der Gegenwart und ein Ausblick in die Zukunft gemacht. Insgesamt kam das Podium zu dem Schluss, dass man die Fähigkeit zur Cyberresilienz stärken und den EU-Rechtsrahmen für Cybersicherheit weiterentwickeln müsse. Cybersec4Europe will seine Arbeit auch nach Abschluss des Projekts fortsetzen und einen Beitrag dazu leisten, dass in der EU ein offener Raum für Innovationen im Bereich der Cybersicherheit entsteht.

Europa im Gespräch; Finanzierung der grünen und digitalen Transformation

Am 05.12.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich eine Veranstaltung der Reihe „Europa im Gespräch“ mit dem Titel „Transformation in der Warteschleife – Wie die Finanzierung auch unter widrigen Umständen gelingen kann“ statt. Dabei diskutierte Prof. Dr. Joachim Wuermeling, Vorstandsmitglied der Bundesbank, nach einem Impuls mit Dr. Detlef Fechtner, Chefredakteur der Börsenzeitung, die Möglichkeiten der Finanzierung der grünen und digitalen Transformation der Wirtschaft. Wuermeling erklärte, bei Investitionsfragen stehe häufig der Klimawandel im Vordergrund, die Digitalisierung sei aber ebenso wichtig.

Umbrüche seien für Banken zwar nichts neues, die Transformation nehme aber neue Dimensionen an. Währungsunion und Binnenmarkt seien zwar gute Voraussetzungen für die Finanzierung, jedoch funktioniere die Finanzmediation nicht gut. Das Kapital der Banken bestehe hauptsächlich aus Spareinlagen. Diese wolle der Anleger allzeit verfügbar haben und risikoarm anlegen. Für Investitionen brauche man aber langfristiges Geld und müsse Risiken eingehen. Wenn man diesen Konflikt nicht auflöse, müsste die Transformation mit Mitteln ausländischer Investoren finanziert werden.

„Crisis Talks“, „Gemeinsam gegen Krisen: Die EU-Afrika-Partnerschaft und die neuen geopolitischen Herausforderungen“

Am 05.12.2022 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung der hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich die Mittagsveranstaltung in der Reihe „Crisis Talks“ zum Thema „Gemeinsam gegen Krisen: Die EU-Afrika-Partnerschaft und die neuen geopolitischen Herausforderungen“ statt. Staatsministerin Puttrich betonte bei der Veranstaltung Afrika sei aktuell für die EU ein wichtiges Thema, alleine schon aus geopolitischen Gesichtspunkten. Man habe sich lange nicht ausreichend mit dem EU-Partner Afrika beschäftigt. Durch die EU-Afrika Strategie solle das Verhältnis neu aufgestellt werden dabei sei es am wichtigsten, Afrika auf Augenhöhe zu begegnen. Dr. Stefan Kroll, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/ Goethe Universität Frankfurt am Main erwähnte ebenfalls die Bedeutsamkeit der Dialoge auf Augenhöhe für ein besseres Verständnis füreinander. Gemeinsam gegen Krisen sei das Motto der EU-Afrika Partnerschaft. In Krisen würden wichtige Themen oft verdrängt werden, man dürfe die EU-Afrika Partnerschaft daher nicht aus den Augen verlieren. Dr. Antonia Witt, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung erläuterte, dass die politischen Verwerfungen zwischen der EU und Afrika in der Krise größer geworden seien. Man müsse Verständnis dafür aufbringen, dass globale Krisen sich nicht überall gleich auswirken. Die sozialen Abfederungsmöglichkeiten seien unterschiedlich. Krisen würden Ungleichheiten und Machtverhältnisse sichtbar machen. Die Beziehung von Europa zu Afrika stehe außerdem in Konkurrenz zur Beziehung von Afrika zu Russland und China. MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) betonte, dass Europa langfristig mit seinen Demokratien der bessere Partner für Afrika als Russland oder China sei. Institutionell sei die Afrikanische Union jedoch aktuell nicht stark genug. Wichtig seien daher auch seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten das Engagement und die Kontakte auf regionaler Ebene. Luisa Ossmann, Europäische Kommission, Generaldirektion Internationale Partnerschaften, hob hervor, dass Kommission und Afrikanische Union sich auf Augenhöhe bewegen und für ihre Partnerschaft einstehen würden. Der Klimawandel verbinde alle und Klimagerechtigkeit sei ein wichtiges Thema. Auch sei wichtig, dass man Jugendliche in der EU und in Afrika in die Debatten und die Partnerschaften mit einbeziehe. Philomena Apiko, Leiterin des European Centre for Development Policy Management für EU-Afrika Beziehungen (ECDPM) erwähnte, dass das Thema Ernährungssicherheit erst jetzt und damit zu spät einen Schlusspunkt erklärt wurde. Die EU und Afrika hätten dieselben Probleme aber nicht dieselben Interessen. Es würde bei den gemeinsamen Treffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union viel beschlossen. Problematisch bleibe aber, dass nicht evaluiert würde, was tatsächlich umgesetzt wurde.

Abschlusskonferenz des RINGS-Projekt

Am 07.12.2022 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU die Abschlusskonferenz des Erasmus-Projekts „RINGS (Road towards Innovative governance of NOCs and Grassroots Sport organisations)“ statt. Federführend

verantwortlich für die Durchführung des Projekts war das Europabüro des Europäischen Olympischen Komitees (EOC). Inhaltlich zielte das RINGS-Projekt auf die Modernisierung des strategischen Managements der Nationalen Olympischen Komitees (NOCs) in Europa mit besonderem Schwerpunkt auf das Veränderungsmanagement, die Beziehungen zu internen und externen Stakeholdern und den Bereich Public Affairs ab. Die Ergebnisse des Projekts wurden in einem Handbuch zusammengefasst, das Prof. Dr. Holger Preuss von der Universität Mainz im Rahmen der Konferenz vorstellte.

Veranstaltung; Forschung; KOWI; Horizont Europa; Forschungsrat (ERC)

Am 07.12.2022 fand auf Einladung der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KOWI) mit Unterstützung der Hessischen Landesvertretung eine forschungspolitische Veranstaltung mit Weihnachtsempfang statt. Als Gastrednerin nahm die Präsidentin des Europäischen Forschungsrates (ERC), Prof. Maria Leptin, teil. Ayse Asar, Hessische Staatssekretärin für Wissenschaft und Kunst, eröffnete die Veranstaltung und lobte die Arbeit des ERC und seiner Präsidentin. Der ERC sei der Eckpfeiler der Exzellenzförderung in der europäischen Forschungslandschaft. Staatssekretärin Asar begrüßte, dass Prof. Leptin den ERC für alle Forschungsdisziplinen offen halte. Sie betonte weiterhin, Hessen habe sich in den letzten Jahren erfolgreich engagiert, um die Beteiligungsquote an EU-geförderten Projekten im Forschungsbereich zu verbessern. Mit dem 2020 ins Leben gerufenen Landesprogramm Hessen Horizon unterstütze das Land die hessischen Hochschulen dabei, sich speziell auf EU-Förderanträge im Bereich Forschung und Innovation vorzubereiten, betonte Asar. Die Zahl von 24 eingeworbenen hessischen ERC-Grants allein im Ausschreibungsjahr 2021 sei beeindruckend. Mit Blick auf den brutalen russischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine würdigte die Staatssekretärin das besondere Engagement von Prof. Leptin, Möglichkeiten der ERC-Förderung für die ukrainische Forschungscommunity zu steigern. Dr. Torsten Fischer, Leiter der KOWI, begrüßte seinerseits die Arbeit von Prof. Leptin, die seit November 2021 an der Spitze des ERC steht und die Leitung in einer Zeit der Umstrukturierung und internationaler Krisen übernommen hat. Das kommende Budget für den ERC sei erfreulicherweise auf Basis der jüngsten Haushaltsverhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission gesichert. Prof. Maria Leptin ging in ihrem Statement zunächst auf die Rolle der Forschung ein: „Wissenschaft hat die Kraft, die Geheimnisse unserer Welt aufzulösen und das Leben der Menschen auf der ganzen Welt zu verbessern“. Aber um Durchbrüche weiterhin zu erreichen, müsste man die Forschungssysteme weiterhin leistungsfähig halten. Daher gehe es nun mit Blick auf Deutschland darum, die nächste Generation von Forschenden zu unterstützen. Die ERC-Erfolgsrate in Deutschland sei sehr hoch (Platz 2 gleich nach den Niederlanden). Verbesserungsbedarf in Deutschland bestehe aber v.a. im Bereich bei Chancen für Frauen (mit 28% unterrepräsentiert bei ERC-Grants in Deutschland) und bei bestimmten Beschäftigungsverhältnissen. Prof. Leptin plädierte auch für eine Stärkung der internationalen Forschungsk Kooperation des ERC. Mit Blick auf das wichtige Prinzip der Exzellenzausrichtung bekräftigte Prof. Leptin, dass der ERC an diesem festhalten wolle. Der ERC habe sich aber auch seine eigenen Prozesse der Evaluierung und der Briefings der Evaluierungspanels unter die Lupe genommen. Möglichkeiten der Verbesserung seien hier möglich, ohne an den Grundsätzen des ERC zu rütteln. Worin bestehen die Herausforderungen für die Zukunft des ERC? Prof. Leptin mahnte, EU-Entscheidungsträgerinnen und –träger müssten weiterhin von der Notwendigkeit der Pionierforschung im kommenden Rahmenprogramm überzeugt werden, gerade auch mit Blick auf dessen budgetäre Ausstattung.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

15.12.2022
Ukraine
Energie & Wirtschaft
Sicherheit & Verteidigung
Südliche Nachbarschaft
Außenbeziehungen

Rat

11./12.12.2022
Rat „Landwirtschaft und Fischerei“
Fischerei
Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für 2023 (Einigung)
Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2023 für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern sowie zur Festsetzung solcher Fangmöglichkeiten für bestimmte Tiefseebestände für 2023 und 2024 (Einigung)
Landwirtschaft
Bewertung der EU-Tierschutzvorschriften (Gedankenaustausch)
Marktlage, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine (Gedankenaustausch)
GAP-Strategiepläne Aktuelle Lage und neue Herausforderungen (Gedankenaustausch)
Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge à Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln / Verordnung über geografische Angaben und Qualitätsregelungen (Information des Vorsitzes)
Harmonisierte Kennzeichnung auf der Packungsvorderseite und ihre Auswirkungen auf die Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel (Information des Vorsitzes)

12.12.2022
Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
Gedankenaustausch über Russlands Aggression gegen die Ukraine
Gedankenaustausch über Iran
Lage in Moldau, die südliche Nachbarschaft, Menschenrechte, die Europäische Friedensfazilität und Tunesien

Entwicklungen betreffend der Anstrengungen der EU für die globale Reichweite sowie Global Gateway

- 13.12.2022 Rat „Allgemeine Angelegenheiten“
Transparenz und Targeting politischer Werbung
allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung
Vorbereitungen für die Tagung des Europäischen Rates am 15./16. Dezember 2022 mit der Erörterung des Entwurfs der Schlussfolgerungen, Entwurf der Tagesordnung
Schlussfolgerungen zur Erweiterung und zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit
wichtigsten Entwicklungen in Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und Schweden
Billigung Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2023-2024
- 13.12.2022 Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Energie)
Gaspreisgrenze und Verabschiedung der Notfallmaßnahmen zum Thema beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien und gemeinsamer Gaseinkauf und Marktberuhigung
- 19.12.2022 Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Energie)
„Fit for 55“
- 20.12.2022 Rat „Umwelt“

Europäische Kommission

- 13.12.2022 Sicherheitspaket:
Überarbeitung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels
Verpflichtung der Beförderungsunternehmen zur Übermittlung von Vorabinformationen für Fluggäste (API)
- 21.12.2022 Empfehlung der Kommission zu den Zielen der Union für die Katastrophenresilienz

Europäisches Parlament

- 12.-15.12.2022 Plenarsitzung in Straßburg
- Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen
Ergebnis der COP27 - Erklärungen des Rates und der Kommission
Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU
Aktionsplan zur Förderung des Schienenpersonenverkehrs auf Fern- und grenzüberschreitenden Strecken

Energie aus erneuerbaren Quellen, Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und Richtlinien zur Energieeffizienz: Änderungen (REPowerEU)

Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Sloweniens, Robert Golob

Mitteilung im Rahmen des Systems zur Verrechnung und Reduzierung von Kohlenstoffdioxid für die internationale Luftfahrt (CORSA)

Verkehr: Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 und der Verordnung (EG) Nr. 851/2006

Zivilluftfahrt: Aufhebung der Richtlinie 89/629/EWG des Rates

Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern

Digitale Kluft: die von der Digitalisierung verursachten sozialen Unterschiede - Entschließungsantrag

Verteidigung der Demokratie gegen Einflussnahme aus dem Ausland - Anfrage zur mündlichen Beantwortung

Türkische Luftangriffe auf Nordsyrien und die Region Kurdistan-Irak - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 15. und 16. Dezember 2022 - Erklärungen des Rates und der Kommission

Verleihung des Sacharow-Preises

Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union: Hilfe für Deutschland, Belgien, die Niederlande, Österreich, Luxemburg, Spanien und Griechenland

Jahresbericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Georgien

Verstärkung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027

Beratungen des Petitionsausschusses im Jahr 2021

Umsetzung der neuen europäischen Agenda für Kultur und der Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen

Erklärung der Kommission - Bewältigung der anhaltenden Herausforderungen im Luftverkehrssektor und der Auswirkungen auf Fluggäste, Arbeitnehmer, Kapazität und Sicherheit

Einspruch gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: Gentechnisch veränderte Sojabohnen A5547-127 (ACS-GMØØ6-4)

Einspruch gemäß Regel 112 (2) und (3): Die Biozid-Produktfamilie "CMIT/MIT SOLVENT BASED".

Erklärungen des Rates und der Kommission - Notwendigkeit eines zweckgebundenen Haushalts, um die Kindergarantie in die Tat umzusetzen - eine Dringlichkeit in Zeiten der Energie- und Nahrungsmittelkrise

Fragestunde (Kommission) - "Schutz der strategischen Infrastruktur vor Chinas Einfluss".

Erklärung der Kommission - Aussichten auf eine Zweistaatenlösung für Israel und Palästina

Erklärung der Kommission - ASEAN-Beziehungen im Vorfeld des EU-ASEAN-Gipfels im Dezember 2022
 Erklärungen des Rates und der Kommission - Reaktion der EU auf das US-Gesetz zur Senkung der Inflation
 Aktuelle Debatte - Die Krise der Lebenshaltungskosten angehen: Löhne erhöhen, Gewinne besteuern, Spekulationen stoppen
 Erklärungen des Rates und der Kommission - Berichte der Kommission zur Lage der Journalisten und zu den Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit
 Niederschlagung der friedlichen Proteste in der Volksrepublik China durch die chinesische Regierung
 Militärjunta geht gegen friedliche Demonstrationen im Tschad vor

Ausschuss der Regionen

12.12.2022 SEDEC-Fachkommissionssitzung
 Schaffung eines günstigen Umfelds für die Sozialwirtschaft (Abstimmung)
 Europäische Strategie für Pflege und Betreuung (Abstimmung)
 Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für ein angemessenes Mindesteinkommen zur Gewährleistung einer aktiven Inklusion (Abstimmung)
 Änderung der Asbestrichtlinie (Meinungsaustausch)
 Vollständige Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

15.12.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-311/21 TimePartner Personalmanagement
 Vergütung von Leiharbeitnehmern im Vergleich zu Stammarbeitnehmern

15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-204/21 Kommission / Polen
 (Unabhängigkeit und Privatleben von Richtern)
 Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts u.a.

15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-181/21 G. und C-269/21 BC und DC (Ernennung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Polen)
 Richterliche Unabhängigkeit in Polen

15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-615/20 YP u.a. und C-671/20 M. M. (Aufhebung der Immunität und Suspendierung eines Richters)

Richterliche Unabhängigkeit in Polen

- 15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-333/21 European Superleague Company
Gründung der European Super League
- 15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-124/21 P International Skating Union / Kommission
Wettbewerbsrecht – Regeln der Internationalen Eislaufunion
- 15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-50/21 Prestige and Limousine
Beschränkungen für das Anbieten von Funkmietwagen in Barcelona
- 15.12.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-137/21 Parlament / Kommission
(Befreiung von der Visumpflicht für US-Bürger)
Untätigkeitsklage wegen Nichtaussetzung der Visumfreiheit für US-Bürger
- 22.12.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-148/21 und C-184/21 Louboutin (Benutzung eines markenverletzenden Zeichens auf einem Online-Marktplatz)
Markenschutz auf Online-Marktplätzen
- 22.12.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-237/21 Generalstaatsanwaltschaft München (Ersuchen um Auslieferung nach Bosnien-Herzegowina)
Schutz für EU-Bürger vor Auslieferung an einen Drittstaat
- 22.12.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-530/20 EUROPATIEVKA
Werbung für Arzneimittel
- 22.12.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-83/21 Airbnb Ireland und Airbnb Payments UK
Steuerrechtliche Pflichten bei Vermittlung von Kurzzeitmiete in Italien
- 22.12.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-115/21 P Junqueras i Vies / Parlament
Freiwerden des Sitzes als Europaabgeordneter
- 22.12.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-279/21 Udlændingenævnet (Sprachprüfung für Ausländer)
Familiennachzug aus der Türkei

22.12.2022

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-392/21
Inspectoratul General pentru Imigrări (Erwerb einer Brille
durch einen Arbeitnehmer)
Korrekturbrille bei Bildschirmarbeit

Europäisches Gericht

14.12.2022

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-182/21 PKK /
Rat
Restriktive Maßnahmen

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 21.12.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA